FREITAG, 10. JULI 2009 NR. 28 51. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Klimakatastrophe!

Wie das Wetter in 5 Tagen,
Weiss keiner uns genau zu sagen.
Doch wie's in 100 Jahren sei,
Weiss die Scharlatanerei! M.E.D.

Die Rezession verhindert zwar eine Hysterie wie bei der Jahrhundertlüge «Waldsterben». Einzig die CVP hausiert mit «Luftvergiftung». Wie recht sie doch hat! Sie vergiftet seit Jahren das politische Klima für den Bürger am Steuer.

AUTO ALLIANZ
www.autoallianz.ch - 044 391 6767

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

FINANZEN DES KANTONS IN SCHIEFLAGE

Supertanker vom Kurs abgekommen

Vor zehn Jahren verglich der Regierungsrat die Staatsfinanzen des Kantons mit der Schwerfälligkeit eines Supertankers. Wolle man ein fernes Ziel erreichen, müssen Massnahmen frühzeitig eingeleitet werden, hiess es damals. Unterdessen ist der Supertanker vollständig vom Kurs abgekommen. Die finanzielle Schieflage des Kantons hat bedrohliche Ausmasse an genommen.

CLAUDIO ZANETTI
KANTONSRAT SVP
ZOLLIKON

Es ist nun genau zehn Jahre her, seit die SVP des Kantons Zürich eine neue Finanz- und Steuerpolitik einläutete: Um den Staatsapparat zum Masshalten zu zwingen, erhoben wir die Forderung, den Staatssteuerfuss um 20 Prozent zu senken. Auf das darauffolgende Gezeter braucht an dieser Stelle nicht eingegangen zu werden. Es ist uns allen noch in bester Erinnerung. Nur so viel: Seither ist der Aufwand um über 21 Prozent gestiegen, der Ertrag hingegen um 15,2 Prozent. (Im Aufwand für das laufende Jahr fehlen die Spitäler Zürich und Winterthur. Er ist also tatsächlich noch wesentlich stärker angestiegen.)

Die Behauptung, der Kanton Zürich habe wegen schwacher Einnahmen finanzielle Probleme, ist demnach nicht haltbar. Wir haben ganz einfach jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt, und es macht ganz den Eindruck, als denke man im Kaspar Escher-Haus nicht einmal daran, diesen Kurs zu korrigieren.

Handlungsunfähiger Kapitän?

Damit sind wir beim Bild, das uns der Regierungsrat vor zehn Jahren von den Staatsfinanzen zeichnete. Der Kanton sei schwerfällig wie ein Supertanker, und man müsse darum frühzeitig Massnahmen einleiten, wenn man ein fernes Ziel erreichen wolle . Wir sind der Meinung, dass zehn Jahre selbst für den grössten Super-Mega-Giga-Tanker genügen sollten, um ihn auf Kurs zu bringen. Wie Sie vergangenen Montag von der zuständigen Regierungsrätin erfahren haben, hat die Schieflage, in der wir uns befinden, mittlerweile ein bedrohliches Ausmass angenommen. Es ist eingetreten, was jedem informierten Zeitgenossen längst klar war: Die Erträge vermögen mit dem enormen Aufwandwachstum nicht Schritt zu halten. Im Zuge der Wirtschaftskrise drohen sie sogar, massiv einzubrechen. Der Kapitän, müsste man meinen, sollte nun handeln.

Vor rund zehn Jahren war es stattdessen der Reeder, der Massnahmen ergriff. In seiner Eigenschaft als Gesetzgeber kreierte er einen speziellen Mechanismus, die so genannte Ausgabenbremse. Wie der Name schon sagt, besteht die ratio legis dieser Bestimmung darin, den Aufwand zu senken, wenn der mittelfristige Ausgleich gefährdet ist. Wörtlich heisst es in § 4 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG) er (der Kapitän) habe dem Kantonsrat (Reeder) in diesem Fall «Bericht zu erstatten und ihm Massnahmen zur dauerhaften Senkung der Ausgaben, insbesondere die Änderung von gesetzlichen Verpflichtungen zu beantragen». Solche Massnahmen könnten etwa sein:

- Verzicht auf die Vergabe des Kulturpreises in der Höhe von 50 000 Franken an Christoph Marthaler.
- Verzicht auf neues Corporate Design für die kantonale Verwaltung.
- Kürzungen der Leistungen an die Stadt Zürich, die ihren Verpflichtungen gegenüber dem Kanton nur vollkommen ungenügend nachkommt.
- Verzicht auf Bildungsreisen, die dem Kanton keinen erkennbaren, bzw. bezifferbaren Mehrwert bringen.
- Beschränkung der Kommunikation auf das Wesentliche.
- Kein Steuergeld für die Sanierung der angeschlagenen Pensionskasse.
- Verzicht auf politische Kampagnen.
- Verzicht auf teure Eröffnungsfeiern für öff. Bauwerke.
- Verzicht auf interkantonalen Aktivismus (z.B. Metropolitanraum).
- Kostenbewusstes Bauen (z.B. überteuerte Strassen und PJZ!).
- Verzicht auf Härtefallkommission.
- Reduktion der zahllosen Schulversuche.
- Nicht zuletzt ist ein Stellenabbau in Angriff zu nehmen.

Regierung kommt gesetzlichen Verpflichtungen nicht nach

Aufgrund der bisherigen Verlautbarungen ist allerdings davon auszugehen, dass der Regierungsrat sich glattweg weigert, seiner gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen. In einem Interview mit der NZZ führte die Finanzdirektorin aus, es würde gegen das Prinzip des «prozyklischen Verhaltens» verstossen, jetzt den Aufwand zu senken. Ob dies zu einem späteren Zeitpunkt, also wenn es der Wirtschaft wieder besser geht, passieren werde, wurde freilich offen gelassen.

Wie schon im Zusammenhang mit dem Bankkundengeheimnis, als sie eine klare Position des Regierungsrates in den Wind schlug, scheint sich unsere Finanzdirektorin für frühere Regierungserklärungen nicht sehr zu interessieren. Im Bericht und Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat zur Staatsrechnung für das Jahr 2002 ist nämlich auf Seite 41 Folgendes nachzulesen:

Die Investitionsausgaben ohne Darlehen und Beteiligungen sind im Berichtsjahr 2002 mit 982 Mio. Franken die höchsten seit 1995. Sie liegen damit weit über dem Durchschnitt der letzten 8 Jahre von 877 Mio. Franken, wie schon 2001. Die hohen Investitionsausgaben zeigen, dass die Investitionstätigkeit nicht prozyklisch wirkt.

Die gleiche Regierung, die noch vor wenigen Jahren schwarz auf weiss festhielt, dass die Investitionstätigkeit des Kantons keineswegs prozyklisch wirke, begründet nun die von ihr angestrebte zusätzliche Aufwanderhöhung und den damit verbundenen Gesetzesbruch mit der Notwendigkeit, prozyklisch zu handeln.

Kurs der SVP stimmt

Im Gegensatz zum Kanton braucht die SVP an ihrem vor zehn Jahren eingeschlagenen finanzpolitischen Kurs nichts zu ändern. Die Verantwortung für die Situation ist klar. Ausser in den Fällen, in denen wir uns mit unseren bürgerlichen Partnern auf eine Steuersenkung einigten, haben wir sämtliche Voranschläge abgelehnt. Der Regierungsrat und mit ihm die Mehrheit des Parlaments wählte einen anderen, einen Mitte-links-Kurs. Mit dem Ergebnis sehen wir uns heute konfrontiert.

Wir müssen heute alles daran setzen, um den «Supertanker Kanton Zürich» wieder flott zu kriegen. Die bisherigen Mittel haben versagt. Höchste Zeit, es mit dem Konzept der SVP zu probieren.

Droht die Zerstörung der Schweiz?

Öffentlicher Vortrag

Christoph Blocher

anschliessend Diskussion

Donnerstag, 16. Juli 2009, 19.30 Uhr
Hotel Zürich Marriott, Neumühlequai 42 in Zürich

Zu Fuss in 10 Minuten ab Hauptbahnhof Zürich
gut erreichbar; Parkplätze vorhanden

Vortrag auf Internet ab 21.30 Uhr abrufbar:
www.blocher.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Eine Veranstaltung der SVP des Kantons Zürich. Wir danken für Ihre Spende auf PC 80-35741-3.

Kostenlos Probeschlafen

WBS - das Matratzensystem für den vollkommenen Schlafkomfort

wideg ag
Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel 044 935 25 46
info@wideg.ch
www.wideg.ch

Restaurant Flair
Gutbürgerliche Küche zu fairen Preisen
Fam. Elsa und Werner Wiederkehr-Nydegger
- **Täglich 4 Menus**
- **Hervorragende Weine**
- **Aktuell: Salatbuffet Take away**

Öffnungszeiten:
Mo – Fr 07.00–23.00 Uhr
Sa 09.30–24.00 Uhr
So 10.00–18.00 Uhr

Schaffhauserstrasse 306, 8050 Zürich-Oerlikon
(Tramhaltestelle Berninaplatz)
Tel. 044 310 68 68 www.restaurant-flair.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi
Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork

und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

MECACRYL
PLEXIGLAS aus Pfäffikon ZH
für Industrie, Gewerbe und Privat
- **Top-Zuschnittservice**
- **Plexiglas-Handwerk**
- **Thermoverformung**

MECACRYL GmbH
H. Hablützel und P. Haller
Plexiglas und Kunststoffverarbeitung
Witzbergstrasse 23, **8330 Pfäffikon ZH**
Tel. 043 288 60 50, Fax 043 288 60 51
info@mecacryl.ch, www.mecacryl.ch

Ihr Immobilien Makler + Verwalter
Wir vermitteln seit Jahren erfolgreich:
Einfamilienhäuser
Eigentumswohnungen
Bauland
Gerne übernehmen wir auch Ihre
Verwaltung
Rufen Sie uns an wir erteilen gerne weitere Auskünfte:

Uster	044 997 24 70
Buchs	079 403 62 70
Dietikon	044 744 25 50
Wettingen	056 426 02 64
Wohlen	056 470 13 54
Aarau	062 726 01 40

BENTO IMMOBILIEN AG
Immobilien & Verwaltungen
Projektentwicklungen
www.bento.ch

Dolchstösse von der NZZ

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Im Iran demonstrieren Studenten mit Handy und Internet – und jetzt auch noch die Basari. «Diese Händler haben schon dem Schah-Regime den Dolchstoss versetzt», weiss die NZZ am Sonntag. Glauben wir der NZZ, wird eine Bemerkung von Sarkozy als «Dolchstoss in den Rücken tunesischer Menschenrechtsverteidiger» empfunden. Die Fussballer von Olympic Marseille seien gegen Paris Saint-Germain «zum Dolchstoss fähig», so die NZZ. Gemäss NZZ bedeutet der Song einer irischen Popband «den Dolchstoss ins Herz der englischen Upperclass». «Von einem Dolchstoss» spricht laut NZZ ein Gay-Vertreter nach dem Urteil eines Einzelrichters gegen Sex in Gastbetrieben.

Hat angesichts solch gehäufter Dolchstösse die Brutalität junger Zehntklässler nun sogar auf bestandene NZZ-Redaktoren übergegriffen? Gemach. Der Dolchstoss hat beim vornehmen Weltblatt eine lange Tradition. Die «Neue Zürcher Zeitung» schrieb am 17. Dezember 1918: «Was die deutsche Armee betrifft, so kann die allgemeine Ansicht in das Wort zusammengefasst werden: Sie wurde von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht.» Damit war die berüchtigte Dolchstosslegende geboren: Eine revolutionär verhetzte Heimat sei dem Frontheer in den Rücken gefallen und habe den militärischen Sieg preisgegeben. Noch am gleichen Tag griff die nationalistische «Deutsche Tageszeitung» die vermeintlich unparteiische NZZ-Aussage aus der neutralen Schweiz begierig auf. So erhielten Generäle, Monarchisten, Militaristen und Reaktionäre fortan die ebenso wohlfeile wie hochwillkommene Erklärung für ihr Versagen im verlorenen Weltkrieg.

Am 17. Dezember 1918 erschien der folgenreichste Artikel in der 229-jährigen Geschichte der NZZ. Die Verschwörungstheorie der Dolchstosslegende trug wesentlich zum Scheitern der Weimarer Demokratie bei. Ist demnach die liberale Schweizer Traditionszeitung schuld am Ende von Weimar, an Hitler, Zweitem Weltkrieg und Holocaust? Gemach. Aber sie ist immerhin aufgefordert, den Dolchstoss journalistisch etwas überlegter einzusetzen. Und wenigstens bei der nächsten Festschrift ihres Haushistorikers den wirkungsmächtigsten Beitrag des Blattes nicht völlig zu übergehen. Oder beim Ritt durchs Zeitgeschehen gelegentlich vom hohen Ross herunterzusteigen. Wie es die deutschen Herrenreiter ohne Dolchstosslegende schon 1918 hätten tun müssen.

WIRD DIE SCHWEIZ AN DIE WAND GEFAHREN?

Wenn die Schwäche regiert

Schwäche regiert die Schweiz. Sie hat neben dem linken Lager, wo der Ausverkauf der Schweiz «Programm» ist, Bundespräsident Merz, die Mehrheit des Bundesrates und des Parlaments, die meisten Parteien und Wirtschaftsverbände erfasst.

HANS FEHR
NATIONALRAT SVP
EGLISAU

Brüssel, Frühjahr 2004. Bundesrat Merz, den wir seinerzeit als Schengen-Gegner in die Landesregierung gewählt hatten, «fällt um»: Bei einem Mittagessen mit EU-Kommissionspräsident Barroso mutiert er auf wundersame Weise zum Schengen-Befürworter. Dies, obwohl «Schengen» Kriminelle geradezu einlädt, denn «die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrollen überschritten werden». Wegen Schengen sind wir auch im Visabereich nicht mehr souverän. Die gefälschten Reisepässe und Visadokumente haben seit 2005 um 40 Prozent zugenommen. Zudem zerstört Schengen unser freiheitliches Waffenrecht.

Szenenwechsel: Berlin, 22. Juni 2009. Abendessen der Finanzminister Steinbrück und Merz. Das Kriegsbeil ist begraben. Von Indianern und Kavallerie, von «Soldaten, die man früher dorthin geschickt hätte», ist keine Rede mehr. «Wir sind Freunde geworden», verkündet ein treuherziger Bundesrat Merz. Nur hat er sich in seiner Harmoniesucht einmal mehr über den Tisch ziehen lassen. Er verlangt für die Aushöhlung des Bankkundengeheimnisses nicht einmal eine Gegenleistung – beispielsweise ein besseres Anflugregime für den Flughafen Kloten. Aber das ist erst der Anfang. Denn das Ziel unserer ausländischen «Freunde» ist klar: Automatischer Austausch von Bankkundendaten, europaweite Steuerharmonisierung. Der Bundesrat kapituliert. Der Sonderfall Schweiz stirbt, weil die Schwäche regiert.

EU-Beitrittsapostel mit neuem Elan

Die Schwäche regiert nicht nur bei Bundespräsident Merz. Sie hat neben dem linken Lager, wo der Ausverkauf der Schweiz «Programm» ist, auch die Mehrheit des Bundesrates und des Parlaments, die meisten Parteien und Wirtschaftsverbände erfasst. Man ist fasziniert vom Grenzenlosen, Grossräumigen. Man drängt nach «multinationalen, globalen Lösungen» und frönt dem Anpassertum.

Prompt kommen die EU-Beitrittsapostel wieder mit der Mär, wir müssten uns – gerade in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise – in den schützenden Schoss der EU begeben. 101 Nationalräte haben kürzlich einen entsprechenden FDP-Vorstoss unterzeichnet, obwohl unser Land die Krise besser meistert als die EU oder die USA, wo Milliarden und Billionen von Euro und Dollar für «Konjunkturprogramme» und Rettungsaktionen verschleudert werden. Die enorme Verschuldung vieler Staaten wird zwangsläufig die Inflation antreiben. Die Katze beisst sich in den eigenen Schwanz.

Statt für fragwürdige Konjunkturprogramme und höhere Mehrwertsteuern (demnächst für die IV) sollten die Politiker für weniger Staatsausgaben und für Steuersenkungen kämpfen. Zudem ist es klüger, den Bau von 1–2 Kernkraftwerken voranzutreiben, statt die CO_2-Steuern in die Höhe zu treiben.

Klare Forderungen des Volkes

Ich habe in letzter Zeit oft Unterschriften gesammelt für die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk», welche die Volksrechte stärkt. Die AUNS-Initiative ist in Anbetracht der Schwäche der «Regierenden» eine dringende Notwendigkeit. Sie stoppt den schleichenden EU-Beitritt und den Ausverkauf der Schweiz, indem wichtige Ausland-Abkommen sowie hohe Auslandzahlungen künftig der Volksabstimmung unterbreitet werden müssen.

Bei solchen Aktionen bekommt man «Volkes Stimme» zu hören. Die Leute wollen endlich Taten sehen – gegen die unkontrollierte Zuwanderung und den Kriminalitätsimport, gegen Asyl- und Sozialmissbrauch, gegen höhere Steuern, gegen die Prämienexplosion, gegen den Ausverkauf der Schweiz. Und viele fordern die Volkswahl des Bundesrates – damit nicht mehr die Schwäche und das Intrigantentum regiert.

Es braucht bei künftigen Wahlen und Abstimmungen dringend eine Stärkung jener Kräfte und Parteien, welche die Interessen der Schweiz vertreten. Unsere Stärke gründet auf den schweizerischen Besonderheiten – auf unseren einzigartigen Volks- und Freiheitsrechten, auf der direkten Demokratie, der Neutralität, dem Föderalismus und der Weltoffenheit. Und sie gründet auf Leistungswillen, Zuverlässigkeit und Schweizer Qualität.

HOHES GEWALTPOTENZIAL BEI IMMIGRANTEN

Die Schläger von München – mit Migrationshintergrund?

Das Image der Schweiz hat durch die brutale Gewalttat schweizerischer Jugendlichen in München Schaden genommen. Trotz vielen Reaktionen bleiben die Migrationshintergründe der Täter wie so oft im Unklaren.

MAXIMILIAN REIMANN
STÄNDERAT SVP
GIPF-OBERFRICK

Ich befand mich eben in Deutschland, als ich Kenntnis bekam von der brutalen nächtlichen Attacke schweizerischer Jugendlicher auf wehrlose Passanten in München. Weil ich kaum glauben konnte, dass unbescholtene «16-jährige Berufsschüler aus dem Kanton Zürich», wie es in den Polizei- und Medienberichten verkündet wurde, zu einer solchen Untat fähig waren, konnte ich meine deutschen Bekannten vorerst nur bitten, nicht gleich der ganzen Schweizer Jugend derart unglaubliche Aggressivität zu unterstellen. Aber um eine Feststellung kam ich nicht herum: Das Image der Schweiz hat durch diese Gewalttat Schaden genommen. Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit unweigerlich an die ersten Reaktionen in Brasilien, als am Bahnhof in Dübendorf-Stettbach eine junge Brasilianerin angeblich von Schweizer Jugendlichen übel zugerichtet worden vor. In München war aber nicht Fiktion im Spiel, sondern äusserst brutale Realität.

Helvetischer Wächterrat

Bis heute habe ich trotz intensiven Bemühens weiterhin keine Kenntnis über die effektive Identität der «Schweizer Schläger» von München. Oder wird uns diese bewusst verschleiert, quasi von Amtes wegen verheimlicht? Waren allenfalls ausländische Jugendliche mit dabei oder Neo-Schweizer mit Migrationshintergrund? Jedenfalls beweist die amtliche Gewalt- und Kriminalitätsstatistik, dass letztere beiden Kategorien von Jugendlichen mit Wohnsitz in der Schweiz überdurchschnittlich hohe Quoten aufweisen. Die Konsequenz dieser Feststellung liegt auf der Hand: Sowohl bei der Immigration wie insbesondere auch bei der Einbürgerung ist dem Gewaltpotenzial wesentlich mehr Beachtung zu schenken als es bis heute der Fall ist! Aber wohin hat es unser Land in dieser Hinsicht gebracht? Eine Verweigerung der Einbürgerung muss bekanntlich begründet werden. Wer aber wagt es, wenn er Kenntnis über das Gewaltpotenzial solcher Leute hat, dies den Behörden zu melden? Man könnte sich selber gewissen Risiken aussetzen. Zudem wacht unsere Eidg. Anti-Rassismuskommission unter Führung des linksliberalen Basler Professors Kreis rührig und strebsam darüber, dass wir Eidgenossen nicht mehr alles zu sagen und zu melden wagen, was früher gang und gäbe war. Und diesem «helvetischen Wächterrat» stützt eine Mehrheit im Bundesparlament weiterhin den Rücken …

Falsche Prioritätensetzung?

In den letzten Jahren hat der Bundesrat mehrere Millionen zur Erforschung des Rechtsextremismus in der Schweiz bewilligt. Ein Trupp von links-ideologisierten Soziologen interviewte in der Folge Tausende von Jugendlichen und jugendlichen Erwachsenen über ihre Erfahrungen und Kontakte zum Rechtsextremismus. Wie dem periodisch erscheinenden Extremismus-Bericht des Bundesrates zu entnehmen ist, geht die deutlich grössere Gefahr für unser Land aber von gewalttätigen Personen aus, die dem Links-Chaotentum zuzuordnen sind oder Migrationshintergründe aufweisen. Es höchste Zeit, dass der Bundesrat nun endlich auch Forschungsgelder bewilligt, mit denen die «Ursachen und Massnahmen dieser Kategorien von Extremisten» unter die Lupe genommen werden.

Bruder Hans-Rudolfs akuter Realitätsverlust

zac. Bundesrat Merz hat ganz offensichtlich jeglichen Bezug zur Realität verloren. Er scheint sich nicht bewusst zu sein, dass das Volk von ihm die Lösung von enormen Problemen erwartet und sich einen Deut schert um den Tonfall in den Bundesratssitzungen. Herr Merz, der nette Mann aus Herisau, sieht das völlig anders. Für ihn ist Harmonie das Ein und Alles. Als wäre er mit seiner Wahl in einen Zen-Kurs abkommandiert worden.

Dass er Bundesratswahlen durch das Volk ablehnt, ist sein gutes Recht, dass er dies jedoch mit dem Argument tut, das Parlament wisse am besten wer konkordanzfähig ist, zeugt von einer bedenklichen Geisteshaltung. Ginge es ihm um das Landeswohl, würde er fragen: «Was braucht es, damit die besten Leute gewählt werden?» oder «wie erreichen wir eine breitere Auslese?» Aber nein, Hans-Rudolf Merz geht es um seinen Frieden. Er mag nicht streiten. Er will Konkordanz, und er sieht darin im ursprünglichen Sinn des Wortes eine Angelegenheit des Herzens. Es fehlt ihm das Verständnis, dass Konkordanz hierzulande bedeutet, dass die massgeblichen Kräfte gemeinsam eine Regierung bilden, obwohl sie unterschiedlicher Auffassung sind. Bruder Hans-Rudolf will eine Regierung gleich gelagerter Kräfte und ist gerne bereit, dazu seine eigenen Überzeugungen auf dem Altar der Eintracht zu opfern. Yin und Yang mit Micheline Calmy-Rey.

Peinliche Selbstbeweihräucherung

Auch die Durchführung einer Medienkonferenz zur Präsentierung einer Halbjahresbilanz der eigenen Arbeit als Bundespräsident zeugt nicht von Verständnis der hiesigen Gepflogenheiten. Es bleibt zu hoffen, dass die anderen Narzissten an dieser plumpen PR-Aktion keinen Gefallen finden. Botschaft der peinlichen Übung war: «Wir im Bundesrat haben es schön, und wir sind mit unserer Arbeit zufrieden.» Es muss arg Feuer im Dach sein, wenn sich der «primus inter pares» eines siebenköpfigen Regierungskollegiums eine solche Blösse gibt. Unser Bundespräsidentlein ist nicht einmal auf den Gedanken gekommen, dass das Volk seine Performance möglicherweise anders beurteilt. Immerhin wären da noch ein paar Probleme zu lösen: Die Verschuldung (Steuern von morgen) des Bundes hat sich seit 1990 auf über 130 Mia. Franken mehr als verdreifacht.

Die Ausgaben steigen so ungebremst wie die die Krankenkassenprämien. Die Sozialwerke müssten dringend saniert werden. Die Zahl der Asylgesuche steigt wieder an. Unsere selbstständige Stromversorgung ist nicht mehr sichergestellt. Die beste Armee der Welt jagt Piraten und Zecken.

Der Fluglärmstreit mit Deutschland harrt einer Lösung. Deutschland betrachtet uns als Untertanengebiet. Die USA machen der UBS und dem Bankkundengeheimnis den Garaus, und selbst Lybien tanzt uns auf der Nase herum. Wir stecken mitten in der grössten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Die Aussichten sind düster. – Aber Hauptsache, unsere Bundesräte haben es glatt zusammen.

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Keine weiteren Strafuntersuchungen

An der letzten Sitzung des Kantonsrats vor den Sommerferien wurde erneut über die Ermächtigung zur Einleitung einer Strafuntersuchung gegen den Präsidenten der III. Strafkammer des Obergerichtes des Kantons Zürich entschieden. Ausserdem wurde über eine Reihe von Rechenschaftsberichten der Gerichte und der Geschäftsbericht des Regierungsrats mit der Jahresrechnung des Jahres 2008 debattiert.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Jürg Trachsel (SVP, Richterswil) betonte in seiner Funktion als Referent der Geschäftsleitung, dass sich der Kantonsrat nun zum zweiten Mal mit dieser Sache zu beschäftigen habe, da das Bundesgericht den Beschluss des Kantonsrates aufgehoben hat. Konkret geht es um die Frage, ob gegen den zuständigen Oberrichter, der im Fall rund um die Ereignisse des Tötungsdelikts von Wetzikon Sicherheitshaft angeordnet hatte, die Einleitung einer Strafuntersuchung angeordnet werden soll. Die Frage wurde von der Geschäftsleitung und der Justizkommission beurteilt und die Mehrheit empfahl die Ablehnung. Materiell habe sich nichts geändert. Die Mehrheit der Geschäftsleitung stellte sich zusammengefasst auf den Standpunkt, dass durch die Erteilung der Ermächtigung zur Strafuntersuchung das öffentliche Interesse am uneingeschränkten Funktionieren der öffentlichen Institutionen stark beeinträchtigt würde. Die Tat wurde aufgeklärt und den Angehörigen des Opfers Schadenersatz und Genugtuung zugesprochen. **Hans Egloff** (SVP, Aesch) betonte zudem, dass für den Entscheid rechtliche oder politische Ansätze angewendet werden. Da der Sachverhalt geklärt wurde und das Gericht einzig für die Rechtsfrage zuständig wäre, habe sich die SVP-Fraktion in staatspolitischer Interessenabwägung gegen die Einleitung einer Strafuntersuchung ausgesprochen.

Dies sah, die Mehrheit des Kantonsrates auch so und stimmte mit 93 zu 66 Stimmen gegen eine Ermächtigung zur Einleitung einer Strafuntersuchung.

Rechenschaftsberichte der Gerichte

Wie jedes Jahr hat der Kantonsrat über die Genehmigung der Rechenschaftsberichte des Kassationsgerichts, des Obergerichts, des Verwaltungsgerichts, des Sozialversicherungsgerichts und des Landwirtschaftsgerichts zu entscheiden. Die Berichte für das Jahr 2008 wurden von Hans Egloff in seiner Funktion als Präsident der Justizkommission vorgestellt. Alle Berichte wurden einstimmig genehmigt.

Geschäftsbericht

Auch die Genehmigung des Geschäftsberichts des Regierungsrats und der Rechnung für das Jahr 2008 stand auf dem Programm. Mit dem 700 Seiten umfassenden Bericht der Regierung beschäftigten sich im Vorfeld drei Kommissionen. Der Präsident der Geschäftsprüfungskommission **Heinrich Wuhrmann** (SVP, Dübendorf) betonte im Rat, dass der Geschäftsbericht nun nicht mehr jeweils erst im November, sondern bereits vor den Sommerferien genehmigt werde. **Martin Arnold** (SVP, Oberrieden) erläuterte in seiner Funktion als Präsident der Finanzkommission die Rechnung für das Jahr 2008. Die Finanzkommission habe die Staatsrechnung des Kantons Zürich für das Jahr 2008 geprüft. Die Prüfung beschränke sich auf Plausibilitätsabklärungen und politische Gewichtungen. Die materielle Prüfung der Staatsrechnung erfolgte durch die Finanzkontrolle. Die Erfolgsrechnung 2008 weist einen Ertragsüberschuss von 315 Mio. Franken auf. Gegenüber dem Budget 2008, das mit einem Aufwandüberschuss von 29 Mio. Franken rechnete, bedeutet das eine Saldoverbesserung um 343 Mio. Franken. Während der Ertrag rund 446 Mio. Franken oder 4,1 Prozent über dem Budget liegt, hat sich der Aufwand gegenüber dem Budget um 102 Mio. Franken oder 0,9 Prozent erhöht. Ausser der Direktion der Justiz und des Innern schliessen alle Direktionen besser ab als budgetiert. Die Staatssteuereinnahmen haben den Budgetwert leicht unterschritten. Die Erträge der laufenden Steuerperiode verfehlten das Budget als Folge der Finanzkrise um 332 Mio. Franken. Diese Ausfälle konnten durch unerwartet hohe Nachträge für frühere Steuerperioden weitgehend kompensiert werden. Zudem war die Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank um 80 Mio. Franken höher ausgefallen als budgetiert. Der Saldo der Erfolgsrechnung hat sich gegenüber dem Vorjahr um 124 Mio. Franken verschlechtert. Verbesserungen fielen vor allem in der Sicherheitsdirektion an. Grössere Verschlechterungen verzeichnen die Finanz-, die Bildungs- und die Gesundheitsdirektion. Als wichtigster Grund für die unterschiedliche Entwicklung der Direktionen ist die Neugestaltung des Bundesfinanzausgleichs (NFA) zu nennen. Sie hat dazu geführt, dass sich der Aufwand gegenüber dem Vorjahr um über 400 Mio. Franken und der Ertrag um rund 300 Mio. Franken erhöht hat. Im Berichtsjahr ging das Fremdkapital um 754 Mio. Franken auf 7450 Mio. Franken zurück. Im gleichen Zeitraum nahm das Finanzvermögen um 519 Mio. Franken auf 3968 Mio. Franken ab. Die finanzpolitisch relevante Verschuldung (Fremdkapital minus Finanzvermögen) verminderte sich gegenüber Ende 2007 um 235 Millionen auf 3482 Mio. Franken. Der Ertragsüberschuss erhöhte das Eigenkapital von 2560 Mio. Franken um 313 Mio. Franken auf 2873 Mio. Franken. **Hans Egloff** betonte, dass die Justizkommission den Teil Strafverfolgung Erwachsene und Jugendstrafrechtspflege des Geschäftsberichts unter die Lupe nahm. **Theo Toggweiler** (SVP, Zürich) betonte, dass die SVP-Fraktion dem Geschäftsbericht und der Rechnung zustimmen werde, jedoch die Zusammenlegung nicht besonders befriedigend empfinde. So seien die Verantwortlichkeiten nicht immer ersichtlich. Zudem können die Zahlen schlechter analysiert werden. **Jakob Schneebeli** (SVP, Affoltern a.A.) betonte im Rat, dass die Eigentümerstrategie und die Mietermodelle im Auge behalten werden müssen. Der Kanton Zürich habe 21 Mieterverträge neu abgeschlossen bzw. verlängert. Die Jahresmiete hierfür betrage 11,6 Mio. Franken. Bei Vertragsdauer zwischen fünf und zehn Jahren betrügen die Kosten gesamthaft 175 Mio. **Hansjörg Schmid** (SVP, Dinhard) forderte von der Bildungsdirektion Auskunft betreffend des Kredits für den Neubau der Kleintierklinik der Universität Zürich. Der Kantonsrat habe im Jahr 2004 einen Kredit von 28 Millionen Franken bewilligt. Weitere 5 Millionen Franken habe die Universität beigesteuert. Dies obwohl der Kantonsrat den Kredit gekürzt habe. Dies sei sehr merkwürdig und nicht ordnungsgemäss, wenn auf diesem Weg bewilligte Kredite des Kantonsrats umgangen und aufgestockt werden. Die Kosequenz ist klar, das Globalbudget der Universität müsse um diese fünf Millionen Franken gekürzt werden. Die Bildungsdirektorin versprach der Sache nachzugehen. **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) betonte zudem im Rat, dass mit dem neuen Geschäftsbericht die Rechnungen der beiden verselbstständigten Spitäler abgenommen werden. Die entsprechenden Berichte werden allerdings erst im Herbst vom Kantonsrat bewilligt. Vier Bereiche sind Willy Haderer besonders wichtig. Die steigenden ambulanten Behandlungen, das neue Honorargesetz (es wird von der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit im nächsten Jahr noch überprüft). Zudem möchten die Spitalräte und Spitaldirektoren die Immobilien lieber in eigenem Besitz verwalten. Bei der Spitalgesetzgebung wurden allerdings bewusst die Gebäude beim Kanton belassen.

Dies würde deshalb politische Entscheide erfordern. Als letzter wichtiger Punkt wurde die Ausbildung erwähnt, bei welcher der Kantonsspital Winterthur ein gutes Vorbild sei (FaGe). Dem Geschäftsbericht des Regierungsrats und der Jahresrechnung für das Jahr 2008 wurde mit 150 Stimmen zugestimmt.

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Fall München – Aus Erfahrung klug werden

CLAUDIO ZANETTI
KANTONSRAT SVP
ZOLLIKON

Es musste ja soweit kommen. Es braucht ganz offensichtlich Tote und Verletzte und den dadurch ausgelösten medialen Druck, damit auch Sozialdemokraten und andere weltfremde Fantasten zu Einsichten gelangen, die für verantwortungsbewusste und realitätsbezogene Menschen längst Binsenwahrheiten sind. Es brauchte ganz offensichtlich einen im Ausland verübten kriminellen Akt von Volksschülern, um die für die Volksschule verantwortliche Magistratin zur Einsicht zu bringen, dass eine Schulleitung über Vorstrafen ihrer Schüler informiert sein sollte. Bisher war Datenschutz ein linkes Dogma. Eine heilige Kuh. Und der Persönlichkeitsschutz von Kriminellen wurde zu einem der höchsten Rechtsgüter erhoben.

Ohne die grotesken Missbrauchsfälle im Sozialwesen würden sich die Linken heute noch gegen Sozialdetektive und Kontrollen sperren und behaupten, alleine schon der Betrugsverdacht sei menschenverachtend. Auch über die Frage, ob der Datenschutz möglicherweise die falschen Rechtsgüter schütze, würde nicht einmal diskutiert.

Ohne die krassen Fälle der von der SVP seit Jahren angeprangerten Jugend- und Ausländerkriminalität würden die schöngeistigen Weltverbesserer heute noch bestreiten, dass wir in diesem Bereich überhaupt ein Problem haben.

In der heilen Welt der Sozialdemokraten gibt es keine bösen Menschen, die für ihre Taten verantwortlich sind, sondern nur Opfer der Gesellschaft. Und Opfer darf man natürlich nicht bestrafen. Sie sind bereits genug bestraft. Opfer der Gesellschaft haben vielmehr einen Anspruch auf Resozialisierung. Diese Zersetzung von Recht und Gerechtigkeit nahm ihren Anfang in der Pervertierung der Sprache. So war der Schutz der Persönlichkeit von Verbrechern plötzlich wichtiger als das Sühnen ihrer Taten. Namen durften plötzlich keine mehr genannt werden. Selbst unsere Vorstösse, die wir hier als gewählte Volksvertreter einreichen, fallen mittlerweile der Zensur zum Opfer. Und wer im Zusammenhang mit zwei von der Interpol gesuchten albanischen Verbrechern auf das das «mutmasslich» verzichtete, sieht sich einem solchen medialen Sperrfeuer ausgesetzt, dass plötzlich nicht mehr klar ist, wer eigentlich der Verbrecher ist. Doch auch im Vollzug hat die politische Korrektheit längst ihren Niederschlag gefunden. Man redet heute nicht mehr von «Gefängnis», sondern von «Massnahmenzentrum». Das tönt viel netter. Und wer sich unser MZU einmal aus der Nähe betrachtet, hat den Eindruck, es handle sich um einen Country-Club. Kann es da verwundern, dass unserem Strafvollzug die abschreckende Wirkung abhanden gekommen ist?

Wer als vorbestrafter Jugendlicher ohne Grund einen wehrlosen Menschen spitalreif schlägt, ja um ein Haar umbringt, oder wer – unter Missachtung des Vermummungsverbots, angeblich als Racheakt gegen die Polizei – in einem Saubannerzug in der Stadt Zürich Autos anzündet und Schaufenster einschlägt, empfindet die Zürcher Justiz, die Strafverfolg und den -vollzug offensichtlich als Lachnummer. Und er hat Recht. Sie sind zur Lachnummer geworden. Und wir würden auch gerne lachen – wenn die Angelegenheit bloss nicht so todernst wäre.

Die SVP erwartet von den Verantwortlichen nichts weiter, als dass sie ihre Verantwortung wahrnehmen. Wir fordern ein Strafrecht, dessen Strafen von Delinquenten als Strafen verstanden werden, Richter, die strafen können, und eine Abkehr vom Kuschelvollzug.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Wetziker «Taximord»: Kein Verfahren gegen Oberrichter

JÜRG TRACHSEL
KANTONSRAT SVP
RICHTERSWIL

Am letzten Montag beschäftigte sich der Kantonsrat nunmehr bereits zum 2. Mal mit dem Ermächtigungsgesuch der Staatsanwaltschaft zur Einleitung einer Strafuntersuchung gegen einen Oberrichter. Dies deshalb, weil das Bundesgericht auf ergangene Beschwerde hin am 6. Februar 2009 den Beschluss des Kantonsrates vom 21. April 2008 aufgehoben und zur erneuten Beurteilung an diesen zurückgewiesen hat. Gerügt wurde vom Bundesgericht, den Angehörigen seien die gleichen Parteirechte wie dem Angeschuldigten einzuräumen und der Entscheid des Kantonsrates sei zu begründen, also zwei Formfehler. Materiell hat sich bis zum heutigen Tag nichts verändert.

Dieser Umstand führte denn wohl richtigerweise auch dazu, dass der Kantonsrat in seiner Mehrheit das Gesuch um Einleitung einer Strafuntersuchung gegen einen Oberrichter klar ablehnte, genau so, wie er dies bereits im April 2008 getan hat. Die Ratslinke mit der CVP im Schlepptau drosch zwar unermüdlich mit harschen Worten und zum Teil weltfremden Argumenten auf die Ratsmehrheit ein, doch SVP, FDP, GLP, EVP sowie ein Teil der Grünen liessen sich darob nicht beirren und nahmen ein weiteres Mal eine genaue Interessenabwägung vor. Dies ergab im vorliegenden Fall, dass durch Erteilung der Ermächtigung zur Strafuntersuchung das öffentliche Interesse am uneingeschränkten Funktionieren der öffentlichen Institutionen stark beeinträchtigt würde. Dagegen werden das öffentliche Interesse und das Interesse der Angehörigen des Opfers an der Aufklärung der Straftat beziehungsweise an der Verhinderung weiterer Straftaten vergleichsweise gering beeinträchtigt, wenn der Ermächtigung nicht stattgegeben wird. Denn eines gilt es nicht zu vergessen: Die Straftat ist aufgeklärt, der Mörder wurde der Justiz zugeführt, sämtliche Sachverhalte sind erstellt. Die Interessenabwägung musste folglich dazu führen, dass der Kantonsrat die Ermächtigung zur Einleitung einer Strafuntersuchung gegen einen Oberrichter klar nicht erteilte.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… ein Nachtragskreditbegehren für das Jahr 2009 ohne Diskussion stattgegeben.	😐
… den Geschäftsbericht des Regierungsrats und die Rechnung für das Jahr 2008 genehmigt.	😐
… eine Parlamentarische Initiative betreffend Straffung der Behandlungsfristen von Volksinitiativen und Finanzierung von Parteien, Wahlen und Abstimmungen ohne Diskussion abgelehnt.	☺
… ein Postulat betreffend Stimmabgabe an der Urne ohne Diskussion abgeschrieben.	☺
… ein Postulat betreffend Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte ohne Diskussion abgeschrieben.	☺
… ein Postulat betreffend Abschaffung der prozentualen Wahlhürden für die Kantonsratswahlen ohne Diskussion abgeschrieben.	☺
… eine Einzelinitiative betreffend Beiblatt bei Gemeindewahlen ohne Diskussion abgelehnt.	☺
… die erste Lesung über das Gesetz über die politischen Rechte abgeschlossen.	😐
… den Rechenschaftsbericht 2008 des Kassationsgerichts einstimmig genehmigt.	😐
… den Rechenschaftsbericht 2008 des Obergerichts einstimmig genehmigt.	😐
… den Rechenschaftsbericht 2008 des Verwaltungsgerichts einstimmig genehmigt.	😐
… den Rechenschaftsbericht 2008 des Sozialversicherungsgerichts einstimmig genehmigt.	😐
… den Rechenschaftsbericht 2008 des Landwirtschaftsgerichts einstimmig genehmigt.	😐
… das Gesuch um Ermächtigung zur Einleitung einer Strafuntersuchung abgelehnt.	☺

6.7.09

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Ursula Staufer

Alter: *58 Jahre*

Beruf: *Elektrophysiologisch-techn. Ass./ Unternehmerin*

Gemeinde: *Winterthur*

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?

2001 trat ich der SVP Winterthur bei. In einer SVP-nahen Familie aufgewachsen fiel die Wahl der Partei nicht schwer, Anlass war der Wunsch, aktiv für die bürgerlichen Ideen und Werte zu kämpfen, statt nach jeder Abstimmung die Faust im Sack zu machen.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?

Nach ein paar Jahren als Beisitzerin bin ich jetzt seit zirka zwei Jahren Präsidentin der Sektion Winterthur Altstadt/Mattenbach/Töss/Veltheim. So bin ich ständig auf der Suche nach geeigneten Kandidaten für die Schulpflege der vier Schulkreise. Seit 2002 bin ich Mitglied der Schulpflege. Ausserdem werde ich künftig die sehr aktiven SVP-Frauen des Bezirkes etwas mehr unterstützen.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?

Sicherheit und Freiheit. Jung und Alt sollen sich wieder sicher fühlen. Der traditionellen Familie steht ein höherer Stellenwert zu und die Bildung muss wieder in eine andere Richtung drehen. Multikulti und die zurzeit angestrebte Chancengleichheit kostet uns viel Energie und Geld und senkt das Niveau der Ausbildung. Respektvoller Umgang sollte wieder selbstverständlich werden.

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?

All die Politiker, die mit ihrem unermüdlichen Elan für unsere Werte und Kultur kämpfen.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?

Im nächsten Frühling wollen wir Daniel Oswald als Stadtrat der Stadt Winterthur feiern. Auch bei den Wahlen des Gemeinderats wollen wir beträchtlich zulegen, wozu ich einiges beitragen möchte. Persönlich ist es mir auch sehr wichtig, die Behörden, vor allem die Schulbehörden, mit möglichst geeigneten Personen zu besetzen, welche unser Gedankengut vertreten und für eine gute Bildung kämpfen.

Die Profis vom Land
Personal- und Arbeitskräfte (alles Landwirte) für
▸ Gewerbe ▸ Bau
▸ Industrie ▸ Gartenbau
tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz
▸ Tel. 055 251 41 41 ▸ info@mrzo.ch
Maschinenring

LESERBRIEFE

Warum werden nur Nazisymbole verboten?

Die neuste Idee aus Bern lässt mich aufhorchen. Hakenkreuz, Hitlergruss und andere nationalsozialistische Zeichen sollen verboten werden. Angesichts der schrecklichen Ereignisse während der Nazizeit habe ich für diese Massnahme grosses Verständnis. Doch wirft dieses Verbot einige Fragen auf. Weshalb werden nur Nazisymbole verboten? Blättert man in den Geschichtsbüchern, so kommt man zwangsläufig zum Schluss, dass es Zeichen gibt, welche viel grössere Gewalt verherrlichen. So liess Stalin etwa 20 Mio. Menschen umbringen, 8 Mio. davon waren Juden. Selbst nach Stalin wurden in der ehemaligen Sowjetunion Menschen wegen ihrer Rasse oder wegen der Zugehörigkeit zu einer nicht genehmen Religionsgemeinschaft verfolgt, in Lager gesteckt, gefoltert und ermordet. Die sozialistischen Länder schrecken bis heute nicht vor grauenvollen Verbrechen zurück, wenn es darum geht, zu zeigen, wer das Sagen auf der Welt haben soll. So werden beispielsweise Sportler zwangsgedopt, um mit deren Siegen zu zeigen, wie gut der Sozialismus wirklich ist. Es ist offensichtlich, dass sobald das Wort «Sozialismus» verwendet wird, die Menschenrechte und die Menschenwürde ausgeschaltet werden. Wer nicht linientreu ist, wird ermordet, gefoltert und in Konzentrationslager gesteckt. Wenn man also Nazisymbole verbieten will, so müssen selbstverständlich auch die sozialistischen und kommunistischen Symbole verboten werden. Diese sind:

Kommunistenstern, Kommunistenfaust, Hammer und Sichel, Hammer und Zirkel so wie das Absingen der Internationale, welche durch die sozialistischen Diktaturen immer dann angespielt wird, wenn sie am 1. Mai ihre militärische Stärke demonstrieren. Was nichts anderes heisst als: Ihr denkt anders, euch sollte man vernichten. Auch steht für mich ausser Frage, dass der 1. Mai als Feiertag, verboten werden soll, werden doch an diesem Tag sozialistische Parolen gedroschen. Dies heisst nichts anderes, als dass man einverstanden ist mit den Verbrechen der grossen Sozialistenführer: Lenin, Stalin, Mao und Pol Pot. Am vernünftigsten wäre es aber, den ganzen Rassismusartikel mit all seinen Verboten zu streichen. Eine funktionierende Demokratie sollte doch in der Lage sein, das Problem Rassismus durch Überzeugung und Aufklärung aus der Welt zu schaffen. Durch das Verbot einiger Symbole lässt sich die Gesinnung nicht beeinflussen.

Arthur Albrecht, Dielsdorf

Pascal und was kommt nach

Endlich hat Pascal begriffen,
was längst schon alle Spatzen pfiffen.
Er verlässt das Bundeshaus,
mit freundlichem Parteiapplaus.
Die FDP, bereit zu neuen Taten,
sucht sich einen Kandidaten.
Aus dem Welschland muss er sein,
denn nur ein Welscher passt da rein.
Auch die CVP, die scheint parat
für einen zweiten Bundesrat.
Selbst die Grünen glauben fest
und bereiten vor das Nest,
für einen Sitz ganz oben,
wie sie feierlich geloben.
Was noch wirkt wie ein Witz,
die BDP hat einen Sitz,
den hat man sich erschlichen,
als von der SVP man abgewichen.
Pascal ist nun endlich raus,
jetzt muss die SVP ins Bundeshaus.

Ruedi Gysi, Uster

Buurezmorge

Grosses Buffet
Rösti & Spiegeleier ab der Pfanne
Zopf, Brot/Brötli frisch von der Feldbäckerei
Erw. Fr. 19.--, Kinder Fr. 1.--/Jahr

So. 9. August ab 9 Uhr

Fam. Peter Keller Matzingen
SVP Matzingen/Stettfurt

SVP-POLIT-LUNCH MIT ALFRED HEER

Werden die Sozialwerke geplündert?

Nationalrat Alfred Heer zeigte an einem SVP-Polit-Lunch auf, wie die Schweizer Sozialwerke durch die Personenfreizügigkeit und Einwanderung aus der EU belastet werden.

RoMü. Mit Nationalrat Alfred Heer war zugleich auch der Präsident der SVP-Kantonalpartei am Polit-Lunch der SVP Bezirk Andelfingen in Oberstammheim zu Gast. Seit 2007 sitzt Heer im Nationalrat und hat vorher während längerer Zeit auch die SVP-Kantonsratsfraktion geführt. Einleitend kam Heer vor dem stattlich aufmarschierten Publikum auf die bevorstehende Abstimmung zur Sanierung der IV zu sprechen. Die dabei zur Diskussion stehende Erhöhung der Mehrwertsteuer sei kein Rezept, um die angeschlagene Kasse zu sanieren. Vielmehr sei auf der Kostenseite der Hebel anzusetzen und nicht zusätzlich den Mittelstand mit einer Steuererhöhung zu belasten. Scharf kritisierte Heer auch die in der entsprechenden Vorlage vorgeschlagene Lösung, aus der AHV-Kasse 5 Milliarden Franken zu nehmen und diese der IV zuzuführen. Damit werde der Volkswillen, ein Teil des Golderlöses der AHV und nicht der IV zuzuführen umgangen, indem diese Gelder nun indirekt in die IV-Kasse fliessen sollten.

Bei der IV verzeichnet man gemäss Heer 248 668 Schweizer (62 Prozent) und 153 703 ausländische Rentenbezüger. Ein Drittel dieses Teils bezieht die Rente im Ausland. Kritisch entwickelt sich gemäss Heer aber auch die Arbeitslosenversicherung ALV. Diese Versicherung weist aktuell auch einen tiefroten Stand auf, welcher sich laufend verschlechtert. Gerade der freie Personenverkehr mit der EU wirkt sich immer belastender auf diese Versicherungskasse auf. «Wir stellen jetzt eine eklatante Zunahme der Arbeitslosen aus Deutschland und Portugal fest», betonte Heer. Konkret in Zahlen bedeutet dies, dass der Anteil der Ausländer an der Langzeitarbeitslosigkeit bei 45,4 Prozent liegt.

Alfred Heer warnt vor zunehmender Plünderung der Sozialwerke.

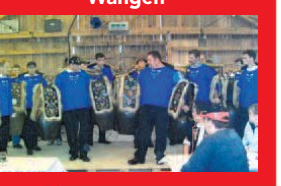
Auch Sozialhilfe belastet

Besorgt äusserte sich Heer auch über die Entwicklung bei der Sozialhilfe. Ohne die Asylbewerber eingerechnet liegt der Anteil von Sozialhilfebezügern bei etwas mehr als 43 Prozent. Gerade Städte wie Basel leiden besonders darunter, falle dies noch markanter aus. Auch im Kanton Zürich machte Heer ähnliche Tendenzen aus. So verzeichnet eine durchschnittliche Zürcher Gemeinde bei den Bezügern von Fürsorgeleistungen prozentual eine Verteilung von 62 Prozent ausländische und 38 Schweizer Bezüger.

Heer zeigte auch Rezepte auf, wie den Missständen begegnet werden können. Das Asylwesen muss nach der Abwahl von Christoph Blocher wieder ins Lot gebracht werden, weil dies zu einer unglaublichen Belastung der Sozialwerke und Fürsorge führt. Entsprechend forderte er Anpassungen beim Asyl- und Ausländergesetz. Bei der Sozialhilfe fordert Heer eine konsequente und verschärfte Kontrolle und zugleich sind die Zahlungen auf das Notwendigste zu reduzieren. Bei Missbräuchen fordert Heer die Einstellung der Zahlungen und allenfalls wären Strafverfahren einzuleiten. Um die ALV nicht weiter zu verschulden, ist der Zustrom von EU-Bürgern zu bremsen. Gerade die aufgeführten Argumente, Ausländer würden die Schweiz bei Arbeitslosigkeit wieder verlassen, erweisst sich gemäss als falsch.

In der rege benutzten Diskussion machte Heer deutlich, dass er es ablehnt, die SBB-Pensionskasse mit weiteren Bundesmitteln als Folge der Unterdeckung zu versorgen. Private Pensionskassen müssen dieses Problem ebenfalls selber lösen und es dürfe nicht sein, dass Steuergelder für einzelne aufgewendet werden. Besorgt zeigte sich Heer auch über die Entwicklung bei der UBS. Er warnte davor, dass im Rechtsstreit mit der USA hinsichtlich er Datenauslieferung der Finanzplatz Schweiz massiv gefährdet und somit geschwächt wird.

1. Augustfeier 2009 im Wägital
beim Mehrzweckgebäude Vorderthal

Einschellerverein Wangen


Dr. Christoph Mörgeli

1. August Trychler Vorderthal

March-Chörli

Familienkapelle Fischbacher

Spitzbergspatzen

Grosse Tombola mit vielen tollen Preisen!
Festwirtschaft ab 11.00 Uhr
Festansprache ca. 16.00 Uhr

Einschellerverein Vorderthal

Wir freuen uns auf Ihren Besuch: OK 1. Augustfeier

Der Drucksachen-Spezialist in Ihrer Nähe
MacMax
Ronner Max Alte Landstrasse 17 8863 Buttikon

DIE VOLKSWAHL DES BUNDESRATES

Systemimmanente Konsequenz der schweizerischen Verfassungsordnung

Bei der Verwirklichung der Idee der Wahl des Bundesrates durch das Volk geht es um elementare Pfeiler unseres Gemeinwesens: Die Vervollständigung der direkten Demokratie und eine Verstärkung des Grundsatzes der Trennung der staatlichen Gewalten.

GREGOR A. RUTZ
VIZEPRÄSIDENT
SVP KT. ZÜRICH

Wesensmerkmal der direkten Demokratie ist, dass politische Entscheidungen in einer Versammlung aller Stimmberechtigten getroffen werden. So erklärt es sich, dass diese umfassendste Form der Demokratie ihren Ursprung weniger in Flächenstaaten, als vielmehr in kleineren Gemeinwesen hat. Das System der direkten Demokratie erlaubt eine merklich feinere Steuerung politischer Entscheidungen durch den Bürger als dies in parlamentarischen Demokratien oder bei anderen Staatsformen der Fall ist.

Den wichtigsten Grundsatz jeder Demokratie, dass die Souveränität im Staat beim Volk liegt, bringt die direkte Demokratie am besten zum Ausdruck. In parlamentarischen Demokratien kann das Volk zwar seine Vertretung im Parlament demokratisch bestimmen, jedoch an Sachabstimmungen und Regierungswahlen nur beschränkt oder gar nicht partizipieren. Diese demokratischen Mitwirkungsrechte sind bei einer direkten Demokratie gegeben.

Mit Blick auf die Ordnung der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist festzustellen, dass die genannten Grundsätze zwar auf kantonaler Ebene umgesetzt worden sind, die Regierungswahl auf Bundesebene jedoch nach wie vor durch das Parlament erfolgt. Aus demokratischer Sicht – aber auch unter dem Aspekt der Gewaltentrennung – ist dies ein Mangel.

Ausbau der direkten Demokratie: Verfeinerung der Verfassungsmechanik

Die direkte Demokratie der Schweiz ist auch heute noch ein Einzelfall: «Die weit ausgebaute Beteiligung aller Bürger an den Staatsgeschäften ist ein Privileg der Schweizer geblieben.» Die umfassenden Mitwirkungsrechte waren auf Bundesebene jedoch nicht von Anbeginn gegeben, sondern wurden von den Bürgern nach und nach erkämpft.

Die Bundesverfassung von 1848 war ein «Werk der Mässigung, das die zentralistischen Regierungen und die althergebrachten Rechte der Kantone» ausglich. Die staatsrechtliche Organisation der Schweiz baut in wesentlichen Zügen bis heute auf diese Verfassung. Gleichzeitig zeigt die schweizerische Staatsordnung, dass Demokratie wachsen muss und nicht einfach verordnet werden kann. So entwickelten sich verschiedene Formen der demokratischen Mitwirkung erst in den Jahrzehnten nach 1848. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Volksrechte markant ausgebaut und die Verfassungsmechanik verfeinert. Erfahrungswerte aus den Kantonen und bewährte Formen des demokratischen Austauschs fanden Einfluss in die Bundesverfassung.

Dabei war der Erfahrungsstand in den einzelnen Kantonen höchst unterschiedlich. Typische Beispiele althergebrachter direkter Demokratien sind die Landsgemeindekantone, in welchen Volksabstimmungen über Sachfragen, aber auch die Volkswahl der Regierung immer zur Tradition gehörten. Demokratische Elemente gab es bereits in früher Zeit aber nicht nur in Landsgemeindekantonen, sondern auch in städtischen Gemeinwesen. So kannte etwa der Kanton Zürich das Institut der «Volksanfrage» bereits seit dem 15. Jahrhundert.

Die demokratische Entwicklung der Schweiz war ein Wechselspiel. Die oft anzutreffende Annahme, die genossenschaftlich geprägten Kantone der Deutschschweiz hätten seit dem Mittelalter direktdemokratische Formen gepflegt, während die welschen Kantone bis ins 20. Jahrhundert bestenfalls als parlamentarische Demokratien strukturiert gewesen seien, trifft nicht zu: So führte als erster Kanton der Kanton Waadt 1845 die Gesetzesinitiative und das fakultative Referendum ein. Der Kanton Zürich vollzog diese Änderungen erst im Jahre 1869, Freiburg gar erst 1921.

Die Volkswahl der Kantonsregierung wiederum wurde anno 1847 zuerst im Kanton Genf eingeführt. Zürich folgte 1869, der Kanton Waadt 1917 und der Kanton Uri als letzter Kanton im Jahre 1929. Parallel dazu gingen die Kantone dazu über, auch die Ständeräte durch das Volk wählen zu lassen. Während die Landsgemeindekantone ihre Standesvertretung schon immer an der Landsgemeinde bestellt hatten, wurden die entsprechenden Zuständigkeiten in anderen Kantonen erst später der Bevölkerung übertragen: in Zürich anno 1869, in Genf 1893, in St. Gallen 1967, in Neuenburg 1971, in Fribourg 1972 und in Bern schliesslich 1977.

Vorerst keine Mehrheit für die Volkswahl der Landesregierung

Auch auf Bundesebene wurde die Volkswahl der Regierung verschiedentlich diskutiert. Bereits 1847 beriet die Revisionskommission für eine neue Bundesverfassung über eine mögliche Volkswahl der Landesregierung. Sie lehnte diese jedoch knapp ab:

> «Ein Theil der Kommission wollte den Präsidenten und die übrigen Mitglieder des Bundesrathes durch das Volk wählen lassen, um ihm durch die Wahl eine direktere, breitere Grundlage und desto mehr Kraft zu geben, und dadurch, ohne die positiven Kenntnisse auszuschliessen, die Wahlen mehr auf Männer von demokratischer Richtung als auf spezielle Kapazitäten zu lenken. Freilich hätten die Kantone dann an der Ernennung keinen Antheil; aber da die wesentliche Garantie gegen Übergriffe der Centralgewalt im Ständerath läge, so glaubte dieser Theil der Kommission hier vom allgemeinen Grundsatz, dass die beiden Elemente der Eidgenossenschaft zusammen wirken müssen, eine Ausnahme machen zu dürfen.
>
> Die Mehrheit dagegen hat die Wahl durch die vereinigten Kammern vorgezogen, weil sie das allgemeine Prinzip, dem nationalen und dem kantonalen Element seine Mitwirkung zu lassen, festhalten wollte; weil sie es im Interesse der Einheit der Bundesgewalten und wegen der Unterordnung der vollziehenden Behörde unter die oberste gesetzgebende Gewalt nothwendig fand, dass die erstere aus dieser letztern hervorgehe, wie dieses auch in den meisten Kantonalverfassungen der Fall sei; und weil endlich die Wahl durch eine die ganze Schweiz umfassende Stimmgebung mit manchen Schwierigkeiten verbunden wäre».

Trotz der Ablehnung durch die erwähnte Kommission blieb das Thema aktuell. Die Volkswahl des Bundesrates wurde immer wieder gefordert, jedoch an zwei Volksabstimmungen durch die Stimmbürger abgelehnt:

- An der eidgenössischen Volksabstimmung vom 4. November 1900 wurde eine Volksinitiative zur Volkswahl des Bundesrates verworfen – zusammen mit einem Initiativbegehren auf Einführung des Proporzsystems für die Nationalratswahlen («Doppelinitiative»). Die Proporzwahlen wurden knapp 20 Jahre später (1919) eingeführt.
- An der eidgenössischen Volksabstimmung vom 25. Januar 1942 wurde eine Volksinitiative zur Volkswahl des Bundesrates verworfen, welche gleichzeitig eine Erhöhung der Mitgliederzahl des Bundesrates verlangte.

Beide Volksinitiativen sind von der Sozialdemokratischen Partei eingereicht worden, welche bis zu diesem Zeitpunkt über keinen Sitz im Bundesrat verfügte.

Institutionen an der Grenze der Belastungsfähigkeit

Seit 1848 haben sich die Machtgewichte durch die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung inzwischen stark verschoben, ebenso wurden die Grenzen der Belastungsfähigkeit verschiedener Institutionen deutlich aufgezeigt. Gleichzeitig dokumentierten die Bundesratswahlen der vergangenen Jahre, dass es problematisch ist, wenn die Regierung hinsichtlich der Sicherung ihrer Wiederwahl in erster Linie dem Parlament, nicht aber dem Volk Rechenschaft schuldig ist.

Nicht das Zusammenwirken der Behörden untereinander, sondern in erster Linie das Zusammenwirken von Volk und Behörden ist das wichtigste Strukturmerkmal der direkten Demokratie: «Überall dort, wo das Volk zur Staatswillensbildung unmittelbar selbst zuständig ist, kommt es zu einem *Zusammenwirken der Bürger mit den Repräsentanten.* Das Volk ist keine selbsttätig handelnde politische Einheit: Es ist auf das Tätigwerden der repräsentativen Instanzen angewiesen. Die Repräsentanten ihrerseits können aus sich selbst heraus zu keinem Abschluss des Willensbildungsverfahrens ohne Mitwirkung des Volkes kommen. Beide Teile sind aufeinander angewiesen: ein echtes Zusammenwirken.»

Im schweizerischen Verfassungsgebäude, das vom direkt-demokratischen Gedanken geprägt ist, steht das Volk an erster Stelle in der Hierarchie der Staatsorgane. Die Wahl des Bundesrates durch das Parlament ist ein Fremdkörper in diesem System – ebenso wie die zunehmende Verschiebung demokratischer Kompetenzen vom Volk zu den Behörden. Die Befürchtung, dass eine Volkswahl «das Parlament noch mehr schwächen» würde, da so Bundesversammlung und Bundesrat die «gleiche demokratische Legitimität» zukommen würde, ist unbegründet bzw. falsch:

- Das Parlament hat in der schweizerischen Staatsordnung eine ausserordentlich starke Stellung. In der heutigen Situation ist nicht etwa eine weitere Stärkung des Parlaments, sondern vielmehr ein Ausgleich zugunsten der Stimmbürger angezeigt. In den vergangenen Jahren haben sich die Zuständigkeiten immer mehr vom Volk zum Parlament und von den Kantonen zum Bund verschoben. Darunter leidet die föderalistische Staatsordnung.
- Die systemimmanente Konsequenz gebietet eben gerade nicht, die Exekutive dem Parlament durch direkte Abhängigkeit unterzuordnen und darum für eine Wahl der Regierung durch die Legislative zu votieren. Im Gegenteil: Es ist gerade die Eigenart der direkten Demokratie, dass sich die Legislative aus Parlament und Volk zusammensetzt. In dieser Ordnung steht das Volk über dem Parlament. Aus diesem Grund ist es auch richtig, dass das Volk die Regierung wählt und nicht das Parlament.

Die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament ist der parlamentarischen Demokratie eigen, in welcher einzig die Volksvertreter legislative Aufgaben erfüllen. Die direkte Demokratie, in welcher die Stimmbürger in Zusammenarbeit mit dem Parlament die Aufgabe der Gesetzgebung ausüben, erfordert dagegen, dass die Exekutive in erster Linie gegenüber den Stimmbürgern verantwortlich ist:

> «Die Volkswahl des Bundesrates hätte aber andererseits zweifellos auch gewisse Vorteile; so würde sie sich in gewissem Sinne als Verfassungsgarantie darstellen, indem der Bundesrat dadurch politisch unmittelbar dem Volke verantwortlich wäre und damit wohl mehr als bisher der Fall ist, eine grundsätzlichere Linie in seiner Verfassungspraxis einhalten müsste. Auch entspricht die Volkswahl mehr der demokratischen Idee und dem Prinzip der Gewaltentrennung.»

Organisatorische Gründe fallen weg

In der Vergangenheit waren es namentlich praktische und organisatorische Gründe, welche dazu führten, dass man von einer Volkswahl des Bundesrates abgesehen hat. In der Mitte des 19. Jahrhunderts gab es kaum Zeitungen, und elektronische Medien waren unbekannt. So zwangen ganz einfache organisatorische Gründe die Verfassungsväter dazu, das Parlament als Wahlbehörde der Landesregierung zu bezeichnen. Im heutigen Internetzeitalter jedoch kennt jeder Bürger die Regierungsmitglieder und so auch mögliche Kandidaten für den Bundesrat: Eine Volkswahl der Landesregierung ist damit zweifellos möglich geworden.

Sodann bestanden 1848 auch auf kantonaler Ebene noch wenig Erfahrungswerte bezüglich der Volkswahl der Regierung. Diese kannte man fast nur aus Landsgemeindekantonen. Nachdem in den folgenden Jahrzehnten alle Kantone zur Volkswahl übergegangen sind, dürften heute auch diesbezüglich kaum mehr Vorbehalte bestehen.

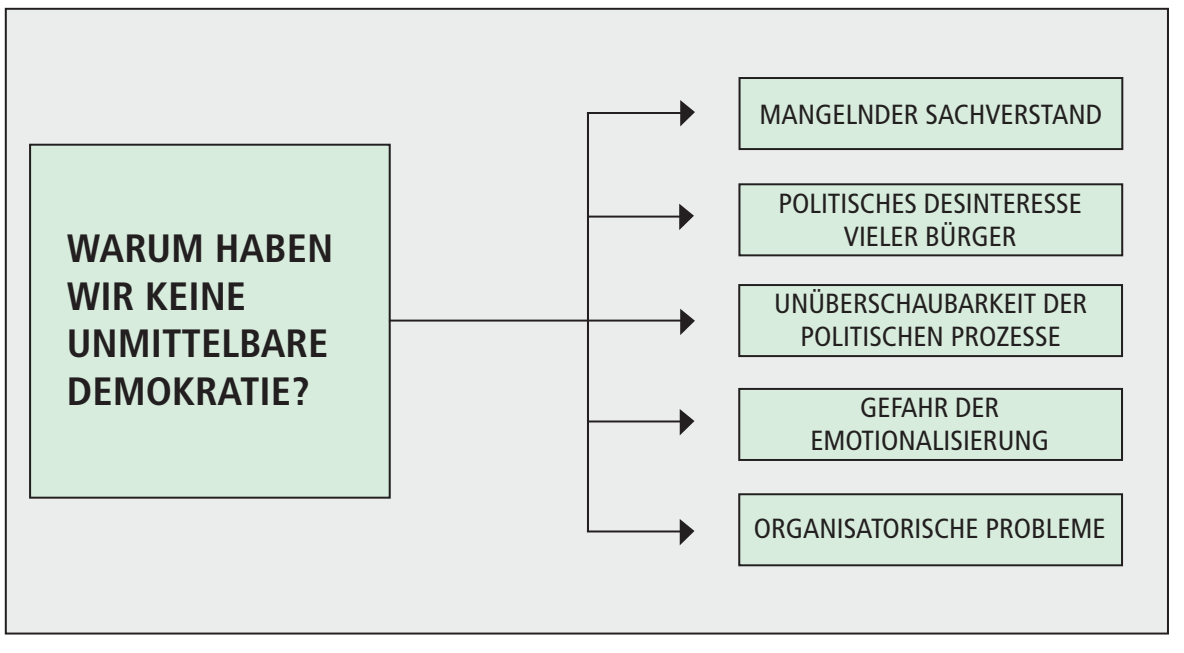
Ja zur Volkswahl – Nein zur Geringschätzung des Volkes

Ein Ja zur Volkswahl des Bundesrates wäre in erster Linie ein Vertrauensbeweis gegenüber der direkten Demokratie. Die Schweizer Stimmbürger sind durchaus in der Lage, ihre Regierung selber zu wählen – ebenso, wie sie in der Lage sind, Entscheide in Sachabstimmungen zu treffen.

Wohin die umgekehrte Haltung führt, zeigt die nebenstehende Grafik aus einem deutschen Lehrbuch.

Ein Kommentar dazu erübrigt sich.

Übersicht 4



Literaturhinweis: Informationen zur politischen Bildung, Heft 239, 2. Quartal 1993, Grundrechte.

ANZEIGE

Gut Schlafen

GS Möbel ist seit 40 Jahren *das* Bettenfachgeschäft für gesundes Schlafen und gediegene Wohnkultur.

Hier finden Sie die besten Marken für Betten, Matratzen, Bettsofas und Pflegebetten. Parkplätze vorhanden! Beratung auch bei Ihnen zuhause.

superba Schweizer Schlafkultur riposa SWISS SLEEP

Zähringerstr. 32, 8001 Zürich, 044 251 11 84
Büro im Zürcher Oberland: 044 938 10 10
www.gsmoebel.ch Montags geschlossen

Gesund Schlafen. GS MOEBEL

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!

Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung

In Top moderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine

Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

Fadegrad

Die Beraterin

VON ROLF A. SIEGENTHALER

«Der soziologische Beratungsbegriff grenzt sich durch Bedeutungsverengung von dem, was man alltagssprachlich als ‹Beratung› bezeichnet, sowie von eng verwandten Phänomenen ab. Beratung im engeren Sinn ist eine Interaktionsform, die dem Wissenstransfer dient. Der Berater kann seinen Klienten Wissen – im organisationalen Kontext meist in standardisierter (‹best practice›) und teils kommodifizierter Form – bereitstellen. Er ist jedoch fundamental auf die Selbstorganisation des Wissens seiner Klientel angewiesen, da Ratschläge erst angenommen und in die Tat umgesetzt werden müssen, um Wirksamkeit zu erlangen. Berater können daher zwar die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wissenstransfer modifizieren, doch können sie über einen Grossteil der Erfolgsbedingungen weder verfügen noch die nötigen Voraussetzungen auf der anderen Seite kreieren. Was aus Beratung wird, entscheiden letztlich die Beratenen. Dem Beratungsprozess sind jedoch durch die Form der Beratung selbst bereits bestimmte (Sinn-) Grenzen gesetzt.» So steht's in Wikipedia. Übersetzt heisst das in etwa, dass der Berater einem zuerst die Uhr nimmt und dann abliest, wie viel Zeit es ist. Berater sind in Mode, nicht erst seit heute. Schon in der Antike strömten die Ratsuchenden zum Orakel von Delphi und waren nach dem Besuch nicht klüger als vorher, aber um ein Rätsel reicher und um ein paar Spenden ärmer. Ärmer wurden auch die Steuerzahler in Zürich, als mit Monika Stocker eine Politikerin das Sozialdepartement übernahm, die sich der Umverteilung der Einkünfte von den Reichen zu den Armen verschrieben hatte. Sie sah sich selbst als eine Art Robin Hood, in Realität baute sie aber eine Geldvernichtungsmaschine auf, die längst nicht nur die Reichen plünderte, sondern alle Bürger, die noch Steuern zahlten. Üble Missbrauchsfälle zwangen Monika Stocker zum Rücktritt. 14 Jahre Sozialvorsteherin Zürichs und ein Masterstudium in angewandter Ethik an der Uni Zürich geben der Frührentnerin die Grundlage, um Führungsleute in sozialen Institutionen und Politikerinnen zu beraten. «Ich habe viel Erfahrung im Umgang mit Macht, mit Strukturen, mit den Medien», schreibt sie in ihrem Prospekt. Die Macht diente der Durchsetzung einer eigentlichen Omerta im Amt. Die Strukturen veränderte sie dauernd, so dass am Schluss niemand mehr wusste, wohin er gehörte und mit den Medien hat sie tatsächlich Erfahrungen, sie sorgten für ihr politisches Ende. Das Ethik-Studium hat sie vielleicht mit den Argumenten versorgt, um die brutale Verfolgung der beiden Mitarbeiterinnen zu rechtfertigen, welche die Sozialbeule aufstachen. Stocker liebt das Jungk-Zitat «Vision ist die andere Möglichkeit zu sehen» – oder die Realität zu verdrängen, möchte man ergänzen. Wessen Vision die Sozialabzocke ist, darf bald ins «Atelier Monika Stocker».

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Zum budgetierten Defizit 2009: Zusatzkredite in der Höhe von rund 40 Millionen Franken

Die Umsetzung des Projekts «Fallmanagement Modell Zürich» ist ein Scherbenhaufen ohne Gleichen und soll den Steuerzahler schlussendlich, anstatt den ursprünglich vorgesehenen rund 11½ Millionen, mehr als 20 Millionen Franken kosten. Die SVP-Gemeinderatsfraktion kritisierte an der Ratssitzung vom letzten Mittwoch die zusätzlichen Kredite und lehnt diese ab.

MONIKA ERFIGEN
GEMEINDERÄTIN SVP ZÜRICH 7/8

Das Projekt «Fallmanagement Modell Zürich» sah vor, vier für die Fallführung und die so genannte Klientenbuchhaltung eingesetzte Systeme durch ein neues Fallmanagement-System abzulösen. Das neue System soll aus einer Komponente für die Fallführung und einer zweiten für die Klientenbuchhaltung bestehen. Nach der produktiven Einführung im Januar beziehungsweise April 2008 hat man versucht, die auftretenden Probleme laufend zu beheben und fehlende Funktionen zu ergänzen. Das hat dann zu immer grösseren Verzögerungen und immer grösserem Mehraufwand geführt. Die Umsetzung des Projekts ist ein Scherbenhaufen ohne Gleichen und soll den Steuerzahler schlussendlich und wenn es gut geht, anstatt den ursprünglich vorgesehenen rund 11½ Millionen mehr als 20 Millionen Franken kosten. Das Projekt ist von allem Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen. Als das Sozialdepartement nach dem richtigen Partner für das Projekt suchte, erstellte es Ausschreibungsunterlagen, die vorgaben, dass man sich alle Abläufe und Prozesse schon überlegt habe. Wie sich später herausstellte, traf das aber nicht zu! In der Konzeptphase hat sich sogar gezeigt, dass die im Pflichtenheft vorgegebenen Prozesse gar nicht den Bedürfnissen der Sozialen Dienste entsprechen. Oder, wie SVP-Gemeinderat **Guido Bergmaier** bemerkte, wusste man nicht, was man eigentlich will, dies aber mit ganzer Kraft! Die Projektleitung hat die nach und nach auftauchenden Probleme nicht wahrhaben wollen und den Überblick über das Projekt verloren. Und der Projektsteuerungsausschuss, der die Verantwortung für das Gesamtprojekt gehabt hat, hat die Beschönigung der Resultate durch die Projektleitung nicht verhindert und ist Konflikten und offenen Auseinandersetzungen aus dem Weg gegangen. Die Leitung und die Mitglieder vom Projektsteuerungsausschuss haben ihre Aufgabe nicht erfüllt. Der Projektcontroller wurde zum Schweigen angehalten. Dies um Kritik und Warnungen zur eigenen Unfähigkeit zu kaschieren. Es war offensichtlich bequem, den immer unrealistischer werdenden Zusicherungen der Lieferanten und der Projektleitung zu glauben. Der Projektsteuerungsausschuss hätte aber schon vor zwei Jahren, als es um die Verlängerung der Projektphase ging, die Entwicklung hinterfragen müssen. Der Testlauf wurde voller negativer Überraschungen gestartet. Funktionierten Abläufe nicht richtig, dann änderte man kurzerhand das Testverfahren. Die Projektleitung hätte von Anfang an die ständigen Anforderungsänderungen stoppen und auf eine disziplinierte Projektdurchführung bestehen müssen. Und weil dies bekanntlich nicht das erstmalige Scheitern eines grossen Projekts im Sozialdepartement ist, die genaue Kostenfolge bis zum Abschluss des Projekts noch nicht feststeht, lehnt die SVP die zusätzlichen Kredite ab. Verlangt werden eine klare Analyse vom bisherigen Projektverlauf und die Nennung der Verantwortlichkeiten.

Spezielle Spezialausgaben

Um das Zuweisungskontingent von 0,5 Prozent der Wohnbevölkerung zu erfüllen, muss die Stadt Zürich zusätzliche Asylanten aufnehmen und beantragt zum bereits bestehenden 6-Millionen-Kredit einen zusätzlichen Beitrag an die Asyl-Organisation Zürich für städtische Pflichtleistungen in der Höhe von 637 200 Franken. Pflichtleistungen sind Pflichtleistungen und Kontingent ist Kontingent. Daran gibt es (leider) nichts zu rütteln. Zu rütteln gibt es allerdings bei den vom Kanton nicht vergüteten von der Stadt Zürich aber jährlich freiwillig geleisteten zusätzlichen so genannten «Spezialausgaben» von rund 2,5 Millionen Franken! Die Palette dieser freiwilligen Stadtzürcher Spezialleistungen ist dann auch wirklich ganz speziell. Für gemeinnützige Einsatzplätze für Asylsuchende sind zum Beispiel 700 000 Franken vorgesehen. Die Teillohnprojekte Brockito und Paprika werden via dem städtischen 2,5 Millionen Sonderbatzen auch mit 541 000 beziehungsweise 334 000 Franken ausgestattet. Und so weiter und so fort. So besonders und originell alle diese auf freiwilliger Basis subventionierten Angebote für Leute, die notabene unser Land in aller Regel schon bald wieder verlassen müssen, sind, so bestimmt hat sie die SVP auch immer abgelehnt. Sie fordert den Stadtrat auf, den Mehrbedarf für die städtischen Pflichtleistungen dem 2,5 Millionen Spezialausgaben-Kässeli zu belasten und lehnt die zusätzlichen 637 200 Franken ab.

SVP FORDERT MEHR SICHERHEIT

Sicherheit ist das Fundament des Zusammenlebens

Die Wahlplattform der SVP Stadt Zürich 2010–2014 trägt Titel und Motto «Bürgerliche Politik». Das Programm bildet die Basis für den kommenden Wahlkampf. Besonderes Gewicht wird die SVP auf die Stärkung der Sicherheit in Zürich legen. Linke Naivität und Kuscheljustiz haben zu einem Zerfall der Sicherheit geführt. Es braucht die SVP, um dies wieder zu verbessern.

SVP Stadt Zürich. Zürich soll eine sichere, attraktive Stadt mit hoher Wohn- und Lebensqualität sein. Die Gewährung der Sicherheit und Freiheit für alle Bürgerinnen und Bürger ist die wichtigste aller Staatsaufgaben. In den letzten Jahren ist das Sicherheitsniveau in Zürich massiv gesunken.

Sicherheit durchsetzen!

Die Einwohner der Stadt Zürich sollen sich jederzeit unbehelligt von Kriminalität auf den Zürcher Strassen bewegen können. Sicherheit umfasst körperliche und seelische Unversehrtheit, persönliche Integrität und Sicherheit als subjektive Wahrnehmung. Ebenso ist die Sicherheit des Privateigentums gewährleistet.

Gemäss Bundesverfassung sorgen Bund und Kantone für die Sicherheit des Landes und den Schutz der Bevölkerung. Kantone und Gemeinden sind verpflichtet, öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewähren. Es ist also Sache der städtischen Behörden, entsprechende Massnahmen umzusetzen.

Klare Forderungen der SVP

Die SVP hat seit Jahren im Gemeinderat und in den verschiedenen Gremien den Missstand betont. Verschiedene Forderungen der SVP bestehen seit Jahren. Im kommenden Wahlkampf werden diese Forderungen nun verstärkt gestellt.

Die Polizei gehört auf die Strasse und nicht ins Büro. Die Stadt soll neuralgische Punkte bezeichnen und dort die Sicherheit durch mehr sichtbare Polizeipräsenz erhöhen. Die Jugendkriminalität wird vermehrt und konsequent bekämpft. Hierbei tragen die Jugendanwaltschaften eine hohe Verantwortung.

Die Kuscheljustiz muss endlich ein Ende haben und die Richter müssen die bestehenden Gesetze anwenden. Es darf einfach nicht sein, dass die Täter besser behandelt werden als die Opfer. Strafen sollen der Tat rasch folgen und abschreckende Wirkung erzielen.

Die Eltern krimineller Jugendlicher sind zur Verantwortung zu ziehen. Heute ist es so, dass die Allgemeinheit für minderjährige Täter aufkommt. Wer nicht strafmündig ist, wird zu häufig nicht für die finanziellen Folgen der Taten behaftet. So sollen Hooligans, die nach einem Fussballmatsch ganze Strassenzüge demolieren, den angerichteten Schaden selber bezahlen. Die Eltern der minderjährigen Früchtchen müssen dafür haften und geradestehen. Es braucht keine neuen Datenbanken, vielmehr müssen Richter die Gesetze endlich anwenden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist zudem die Bekämpfung des Drogenhandels auf dem ganzen Stadtgebiet.

Sicherheit des Eigentums

Das Eigentum ist heute von zwei Seiten bedroht. Erstens nimmt der Staat den fleissigen, ehrlichen Bürgern immer mehr Geld weg. Andererseits vernachlässigt der Staat seine Grundaufgabe, für Sicherheit des Eigentums zu sorgen. Die Gleichgültigkeit, wie seit Jahren die unsäglichen Graffiti und das Geschmier an den Hauswänden einfach toleriert wird, ist unerträglich. Solche Täter müssen Schadenersatz leisten und werden hart bestraft.

Die für den Schutz des Eigentums und für die Einhaltung der Sicherheit notwendigen Polizeikräfte müssen zur Verfügung stehen.

Ausschaffung krimineller Ausländer

Ausländische Straftäter sind nach dem Verbüssen einer Freiheitsstrafe konsequent auszuschaffen. Es ist nicht unsere Sache, einem kriminellen Ausländer lebenslang eine Sozialwohnung zu bezahlen.

Sicherheitspolitik der SVP

Die Sicherheit der Bürger muss in Zürich gewährleistet sein. Körperliche und seelische Unversehrtheit, persönliche Integrität und Sicherheit als subjektive Wahrnehmung zu jeder Zeit an jedem Ort ist die vordringliche Staatsaufgabe. Ebenso ist die Sicherheit des Privateigentums gewährleistet. Kriminalität wird bekämpft. Die Justiz muss Täter bestrafen und Opfer schützen. Ausländische Straftäter sind auszuschaffen.

Jetzt anmelden!

Gemeindewahlen 2010

Seminare für SVP-Kandidaten und Behördenmitglieder

Wie plane ich meinen Wahlkampf? Wie kommuniziere ich treffsicher? Wie trete ich erfolgreich in der Öffentlichkeit auf? Wie vertrete ich die Politik der SVP optimal? Wie gewinne ich die Wahlen? – Diese Fragen stellen sich im Vorfeld der Gemeindewahlen 2010. Das Seminarangebot der SVP Bezirk Meilen ermöglicht Ihnen, sich optimal auf Ihren Wahlkampf vorzubereiten.

Die Kurse richten sich sowohl an Kandidaten für die Gemeindewahlen 2010, an bisherige Behördenmitglieder und Mandatsträger, aber auch an alle interessierten Parteimitglieder.

Kursorganisation: SVP Bezirk Meilen, Präsidentin: Theres Weber-Gachnang, Kantonsrätin

Kursleitung: **Alexander Segert,** lic. phil. I, Marketing-Manager FH
GOAL AG für Werbung und Public Relations, Dübendorf
Gregor A. Rutz, lic. iur., ehem. Generalsekretär SVP
Rutz & Partner Consulting GmbH, Strategie und Kommunikation, Zollikon

Kursangebot:
Kurs 1: Grundsätze / Profilentwicklung
Mein Profil als Politiker / Stärken- und Schwächenanalyse / Der Politiker als Marke / Meine Botschaften und politischen Ziele / Zielgruppendefinition

Kurs 2: Der öffentliche Auftritt (1): Rhetorik und Schlagfertigkeit
Grundregeln für den öffentlichen Auftritt / Mimik und Gestik / Treffsichere Argumentation / Schlagfertigkeitstraining / Reaktion bei Angriffen

Kurs 3: Der öffentliche Auftritt (2): Der erfolgreiche Wahlkampf-Auftritt
Grundregeln für Auftritte im Wahlkampf: Referate, Podiumsdiskussionen etc. / Wie baue ich ein Kurzreferat auf? / Wie wirke und formuliere ich überzeugend?

Kurs 4: Politische Strategie / Medienarbeit im Wahlkampf
Erarbeitung einer Wahlkampf-Strategie / Pressetexte: Grundregeln und Übungen / Arbeit mit Printmedien und elektronischen Medien / Der Journalist als Partner

Datum	Zeit	Kursleiter	Seminar
Sa, 29.8.	09h15	Gregor A. Rutz	Kurs 4: Politische Strategie / Medienarbeit im Wahlkampf
Mo, 31.8.	19h30	Alexander Segert	Kurs 1: Grundsätze / Profilentwicklung
Sa, 12.9.	09h15	Alexander Segert	Kurs 2: Der öffentliche Auftritt (1): Rhetorik und Schlagfertigkeit
Di, 29.9.	19h30	Alexander Segert	Kurs 2: Der öffentliche Auftritt (1): Rhetorik und Schlagfertigkeit
Sa, 24.10.	09h15	Gregor A. Rutz	Kurs 3: Der öffentliche Auftritt (2): Erfolgreicher Wahlkampf-Auftritt
Do, 5.11.	19h30	Gregor A. Rutz	Kurs 4: Politische Strategie / Medienarbeit im Wahlkampf
(noch offen)		Alexander Segert	Kurs 1: Grundsätze / Profilentwicklung
(noch offen)		Gregor A. Rutz	Kurs 3: Der öffentliche Auftritt (2): Erfolgreicher Wahlkampf-Auftritt

Kursdauer Die Kurse dauern jeweils 2½ Stunden.

Kursorte **Wochentage:** Scheune Fam. Weber, Holländerstr. 75, 8707 **Uetikon am See**
Samstagskurse: Vogtei Herrliberg, Schulhausstr. 49, 8704 **Herrliberg**

Teilnehmerzahl max. 20 Teilnehmer pro Kurs / mind. 10 Teilnehmer pro Kurs

Anmeldung spätestens 14 Tage vor dem jeweiligen Kurs mit Name/Adresse/Tel. an:
seminare@svp-bezirk-meilen.ch
(bitte jeweils 1. und 2. Priorität angeben)

Abmeldung Ohne schriftliche Abmeldung bis 5 Tage vor Kurs-beginn wird die Kursgebühr in Rechnung gestellt.

Teilnahmegebühr (pro Kurs)
- **Mitglieder SVP Bezirk Meilen: Fr. 50.–**
- **Mitglieder anderer SVP-Sektionen: Fr. 70.–**
- **Mitglieder Junge SVP: Fr. 40.–**

Weiteres Weitere Schulungen oder ein individuelles Training (einzeln oder in kleinen Gruppen) sind in Absprache mit den Kursleitern A. Segert oder G. Rutz möglich.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Magnetfeld-System EMRS fitness (vita-life), 4-j., neuwertig, aktuellste Programmversion. Tel. 071 983 22 71.

Zwei Räucherschränke, 100 x 60 x 170 cm, 120 x 80 x 187 cm, Kartoffeldämpfer, Holzfeuerung ca. 125 l. Tel. 079 678 81 49.

Berner Wägeli, gepolstert, fahrbereit; **Einspänner Bockwagen,** alle Holzteile neu, wegen Platzmangel günstig. Telefon 044 935 15 64.

3 Pneuwagen, mit Gättern, 4,5 x 1,8 m; **1 Pneuwagen** (Albrecht), mit Gättern und Körneraufsatz, 5 x 2 m x 60 cm. Top Zustand; **Bruggwägeli,** eisenbereift, 2,2 x 1,15 m. W. Widmer, Hellbrunn, 8425 Oberembrach. Tel. 044 865 03 89.

Alles wenig gebraucht und günstig. **1 Humax Set,** Top Box, NA-FOX PR; **1 König Mister Steamer,** freistehend; **1 Waffeleisen**; **1 Soda Club,** mit Patrone; **1 Hundebox,** für einen grossen Hund. M. Meier, Rosenacherstr. 1, 8317 Tagelswangen. Telefon 077 405 41 28.

5000 Produkte aus allen Kategorien. Bis zu 100% WIR! Plasmabildschirme, Autos, Hi-Fi, Reisen, Reifen, Küchengeräte, Kameras, Werkzeug etc. www.wiraktion.ch

Nokia 6210 Navigator, Mobiltelefon mit Navigationssystem, original verpackt, schwarz, fabrikneu, Listenpreis Fr. 398.–, Garantie bis März 2011, Fr. 200.–. Manuel Keller, Dettenriederstr., 8484 Weisslingen. Telefon 076 546 65 82, 052 343 50 20.

Traktor-Anhänger, 8 t, mit Holzaufbau 5 x 2,2 m x 70 cm, Bereifung 8,25–16/12 Ply; **4-Radwagen,** 8 t, mit Holzaufbau 5 x 2 m x 70 cm, Bereifung 8,25–15/14 Ply. Reinhard Waser, Dorfstr. 11, 8452 Adlikon. Tel. 052 317 16 70.

2-Ballen-Dreieckwagen, Harkc Egiberg, mit Anhängebock für Kleinballenpresse. Gebrüder Fehr, Ossingerstr., 8478 Gütighausen, Telefon 079 416 67 31.

ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung! Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei. **044 822 26 11.**

Schönes Pferdeheu, 250 Kleinballen, Blackenfrei. Telefon 044 948 08 25.

Güllenmixer, mit Untersetzungsgetriebe, Seilwinde und Schaufelrührwerk für ca. 80 bis 0 m^3. Telefon 079 678 81 49.

Heu, Emd und Stroh, in Kleinballen. Telefon 079 370 79 75.

Rot und schwarze, junge Holsteinkühe, E. Kunz, Wolfacherstr. 4, 8340 Hinwil. Telefon 044 937 12 66

Abbruchladewagen, Aladin, für Ersatzteile. Hans Kohler, Oberwilerstr. 4, 8452 Niederwil. Telefon 079 692 79 62.

ZU VERSCHENKEN

Hauszelt, 420x600, 5 Personen, zwei Schlafräume, Vorzelt, Top-Zustand, abzuholen ab Bassersdorf, Fax 044 836 67 76.

LEHRSTELLE

Für das Lehrjahr 2009/10 suchen wir einen motivierten, **flexiblen Lehrling,** der auf einem mittelgrossen Ackerbau- und Milchwirtschaftsbetrieb eine vielseitige Ausbildung vermittelt bekommt. Tel. 079 216 11 24.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

STELLEN-ANGEBOTE

Maschinenring sucht **motivierte Leute,** die anpacken können, Raum Kanton Zürich für Landwirtschaft, Gartenbau, Bau, wochenweise oder länger, Tel. 055 251 41 41.

GESCHENKE

www.kreativ-gschaenkli.ch. Am 26. Mai am Markt Bülach. Die etwas anderen Geschenke.

IMMOBILIEN

Zu verkaufen in **Vals** im Haus Zervreila **renoviertes Studio.** Nähere Infos unter Tel. 044 221 11 12, Di–Fr. 9.00 bis 18.00 Uhr.

Zum **Kauf** oder für **Pacht** gesucht: **Landwirtschaftsland** und/oder **Landwirtschaftsbetrieb,** Landparzellen für Gemüsebau geeignet, mind. 150 a, im Dreieck Winterthur-Frauenfeld-Stammheim. Es werden Höchstpreise bezahlt!

Walter Jucker
Landwirtschaftliche Beratungen
8330 Pfäffikon ZH
Tel. 044 950 08 42, www.juckerberatung.ch

ZU VERMIETEN

Zimmer an Untermieter/in, Röschibachstr. 49, 8037 Zürich. Telefon 044 271 69 30, ab 18.00 Uhr.

1 Einzelgarage, in 8442 Hettlingen, für Oldtimer, 2. Auto usw. Tel. 052 316 11 17.

STELLENGESUCH

Ich bin eine junge Frau aus Rumänien und im Moment in der Schweiz. Ich **suche Arbeit**, möglichst längerfristig. Tel. 078 757 96 25.

Gesucht: **Mitarbeiter/Mitarbeiterin** auf einen Betrieb mit Milchwirtschaft und Direktvermarktung am Zürichsee, 1 bis 2 Tage pro Woche und gelegentliche Wochenendablösung. Sind Sie interessiert an einer vielseitigen Arbeit und Kontakt mit Kunden? Haben Sie Erfahrung in der Landwirtschaft, sind flexibel, so melden Sie sich unter Tel. 044 923 51 07, Fam. Dolder.

WEITERBILDUNG

Internationale Sprachschule, Privat, 45 Min., multilinguale Methode, Dr. Jucker ZH. Tel. 079 378 57 81 SMS.

GEBA Produkte

Rufen Sie uns an !

Calitec GmbH, Ballwil
041 449 50 50
www.calitec.ch

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

- ○ zu verkaufen
- ○ zu verschenken
- ○ zu kaufen gesucht
- ○ zu vermieten
- ○ Freizeit/Kontakte
- ○

Anzahl der Erscheinungen ____mal

Name
Vorname
Strasse
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.

Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

BEKANNTSCHAFT

Wir zwei, Mitte 50, hätten Lust mit einem Paar eine engere Freundschaft zu pflegen. Wir freuen uns auf Ihren Brief.

Chiffre Nr. 56.025 an Zürcher Bauer/Zürcher Bote, Inserate, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.

BESCHÄFTIGUNGEN

Pensionierte Frau, gesund, vielseitig, übernimmt diverse Arbeiten für Büro, Betreuung, Begleitung (Auto vorhanden, vielseitig einsetzbar.
Chiffre Nr. 43 000 an Zürcher Bauer/Zürcher Bote, Inserate, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

50 FRANKEN
Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 15. Juli 2009:**

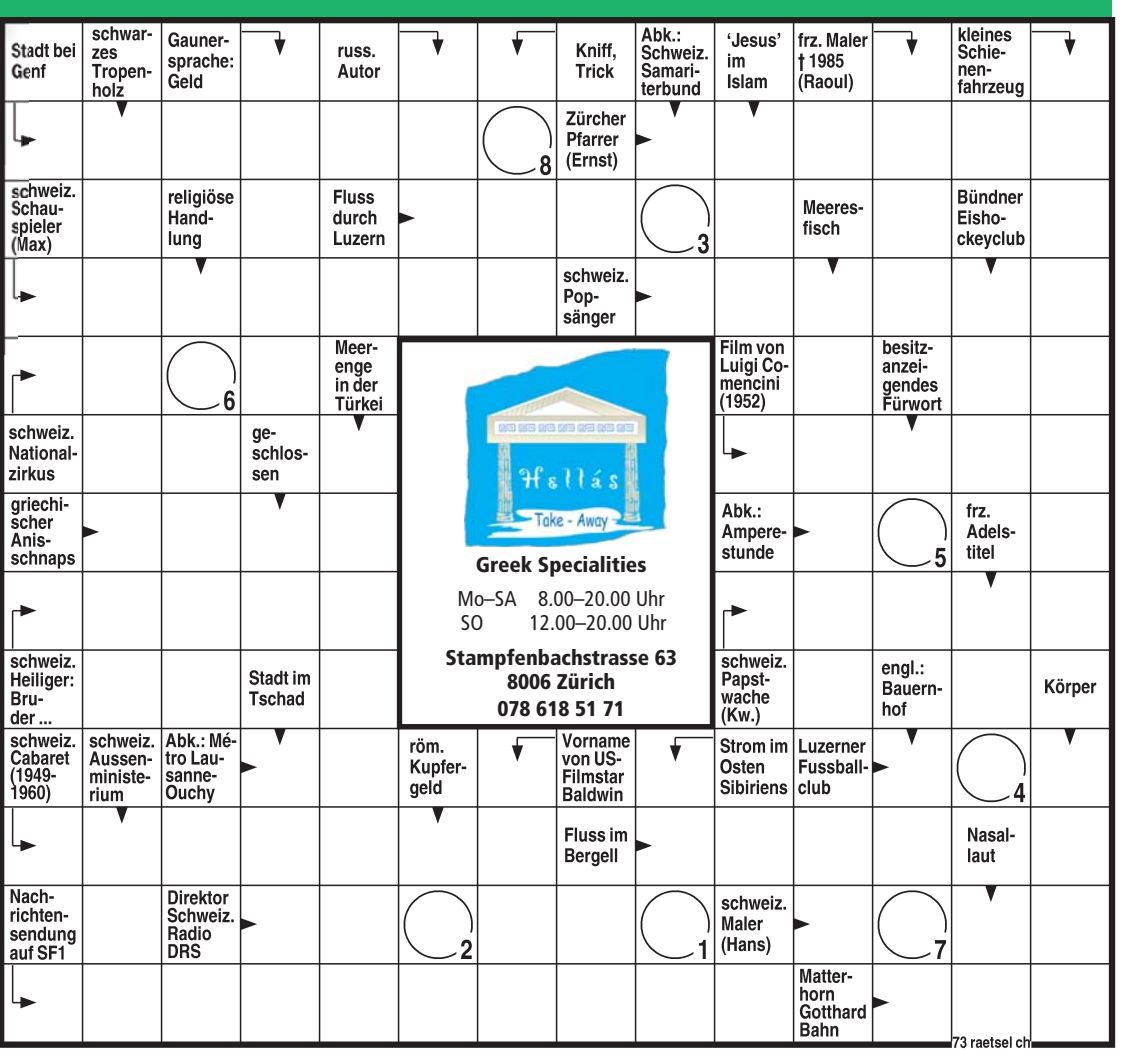
Zürcher Bote/Bauer
Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 25/09
Lösungswort: Landkarte

Gewinner: M. Widmer, Winterthur

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7	8

Lösungswort Woche 28/09

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

VORANKÜNDIGUNG

27. Zürcher SVP-Schiessen
Freitag, 25. September 2009 bis Sonntag, 27. September 2009, in Flaach und Berg am Irchel.

Bezirk Andelfingen
Dienstag, 1. September 2009, 20.00 Uhr, im Weinland, Podiumsdiskussion zum Thema «MWSt-Abstimmung/Sozialsystem Schweiz», u.a. mit Nationalrat Toni Bortoluzzi, SVP und Nationalrat Christian Levrat, Präsident der SP Schweiz. Gesprächsleitung: Peter Hartmeier, Chefredaktor Tages-Anzeiger. Weitere Angaben folgen.

Zürcher Ratsherren-Schiessen im Rafzerfeld / Zürcher Unterland
Montag, 13. Juli 2009, 17. Zürcher Ratsherren-Schiessen in den Schiessständen von Eglisau, Wil, Wasterkingen und Rafz.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 17. August 2009, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

1.-AUGUST-FEIER

Freitag, 31. Juli 2009, 19.00 Uhr, Welschenrohr SO, Schulhaus «unter den Linden», 1.-August-Ansprache von Bundesrat **Ueli Maurer**.

Samstag, 1. August 2009, 10.00–13.00 Uhr, beim Restaurant Degenried, Degenriedstrasse 135, Zürich (in der Nähe vom The Dolder Grand). Gastredner ist **Roger Köppel**, Verleger und Chefredaktor der Weltwoche. Für das kulinarische Wohlbefinden ist gesorgt. Organisation: SVP Kreis 7, mit Lorenzo Leutenegger und SVP-Frauen Kanton Zürich.

Samstag, 1. August 2009, 11.00 Uhr, Meilen, Seeanlage, beim Fährensteg, Festansprache von Bundesrat **Ueli Maurer**. Weitere Ansprachen:
12.45 Uhr: Oberwil-Lieli, Schulanlage Falter.
18.00 Uhr: Marthalen, Primarschulhaus, Maiengasse 19.
20.00 Uhr: Volketswil, Huzlen.
22.00 Uhr: Wildberg, Obere Luegetä.

Samstag, 1. August 2009, 13.15 Uhr (Speis und Trank bereits ab 11.00 Uhr), beim Mehrzweckgebäude, Vorderthal. 1. August-Ansprache mit Nationalrat Prof. Dr. **Christoph Mörgeli** (16.15 Uhr). Für musikalische Unterhaltung dazwischen sorgen die «Spitzberg-Spatzen». Bei schlechtem Wetter wird der Anlass in die Aubrighalle verlegt.

SVP-VERANSTALTUNGEN

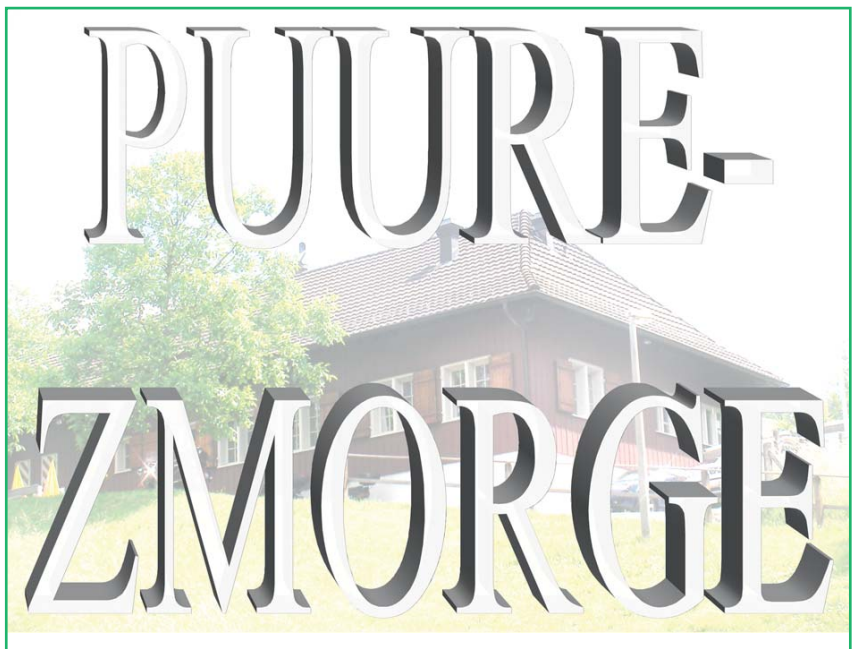
Bezirk Bülach / Rafz
Freitag, 21. August 2009, ab 18.00 Uhr, Schluchebärg, Rafz, SVP-Grillabend mit den Gästen Nationalrat Alfred Heer, Präsident der SVP des Kantons Zürich sowie Nationalrat Ueli Giezendanner (AG). Die Gäste informieren zu aktuellen Themen aus Bundesbern und Standpunkten aus unserer Politik. Nutzen Sie diese Chance! Sitzplatz bei Anmeldung: Melden Sie sich per Internet oder Telefon an, dann erhalten Sie einen garantierten Sitzplatz (www.svp-rafz.ch).

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Donnerstag, 3. September 2009, 17.00–20.00 Uhr, Schützenhaus Dielsdorf, Probeschiessen mit Sturmgewehr.

Bezirk Dielsdorf / Rümlang
Samstag, 11. Juli 2009, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, 2. Politstamm mit Nationalrat Alfred Heer, Präsident der SVP des Kantons Zürich zum Thema «Wird die Schweiz von Parlament und Bundesrat verraten? Eine Analyse».

Bezirk Meilen / Küsnacht
Sonntag, 12. Juli 2009, 11.00 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht, Puure-Zmorge mit Nationalrat Hansjörg Walter, Präsident Schweiz. Bauernverband und Anita Borer, Vizepräsidentin Junge SVP Schweiz. Die «Hadliker Huusmusig» unterhält Sie.

Kanton Zürich
Donnerstag, 16. Juli 2009, 19.30 Uhr, Hotel Zürich Marriott, Neumühlequai 42, Zürich, öffentlicher Vortrag von a. Bundesrat Christoph Blocher zum Thema «Droht die Zerstörung der Schweiz?». Zu Fuss 10 Minuten ab Hauptbahnhof Zürich. Parkplätze vorhanden.



Sonntag, 12. Juli 2009
ab 11 Uhr
Rest. Schützenstube, Küsnacht

Mit: **Hansjörg Walter,** Nationalrat, Präs. Schweiz. Bauernverband
Anita Borer, Vize-Präsidentin Junge SVP Zürich

Die Hadliker Huusmusig unterhält Sie.

SVP Küsnacht

Mittwoch, 5. August 2009, Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 31, Zürich und Mittwoch, 12. August 2009, Restaurant Wartmann, Rudolfstrasse 15, Winterthur, Schulung «AHV plündern – Steuern erhöhen? Nein!». Jeweils von 19.30 bis 21.30 Uhr. Referenten: Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP des Kantons Zürich und Nationalrat Toni Bortoluzzi. Anmeldung bis 3 Tage vor Schulungsdatum an das SVP-Sekretariat, Nüschelerstrasse 35, 8001 Zürich, per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch.

Stadt Zürich / Kreis 6 und 10
Samstag, 29. August 2009, ab 17.00 Uhr, Röslischüür, Röslistrasse 9 (Kreis 6), Sommergrill-Anlass.

Stadt Zürich / Kreis 7
Samstag, 29. August 2009, Quartierfest in Hirslanden mit Stand SVP Kreis 7, Urs Fehr, Präsident, und Lorenzo Leutenegger, Vizepräsident. Weitere Angaben folgen.

Samstag, 5. September 2009 bis Sonntag, 6. September 2009, 75 Jahre Witikon in Zürich. Grosses Quartierfest mit Stand SVP Kreis 7, Urs Fehr, Präsident und Lorenzo Leutenegger, Vizepräsident. Weitere Angaben folgen.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 22. August 2009, 10.00 Uhr, Migros, Höngg, Standaktion.

Samstag, 12. September 2009, 10.00 Uhr, Röschibachplatz, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 12
Freitag, 10. Juli 2009, 18.00 Uhr, oberhalb Restaurant Ziegelhütte, auf der Ziegelhöchi, Ende Hüttenkopfstrasse, Schwamendingen, Grillabend (bei jeder Witterung).

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Montag, 31. August 2009, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung. **Achtung: Neues Datum.**

Montag, 2. November 2009, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 26. Januar 2010, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Bezirk Winterthur
Samstag, 21. November 2009, traditionelles Racletteessen. Weitere Angaben folgen.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Samstag, 1. August 2009, beim Restaurant Degenried, Degenriedstrasse 135, Zürich, festliche Veranstaltung mit Gastredner Roger Köppel, Chefredaktor Weltwoche Verlags AG. Organisation: Urs Fehr, Präsident SVP Kreis 7, mit Lorenzo Leutenegger und SVP-Frauen Kanton Zürich.

Dienstag, 8. September 2009, 19.30 Uhr (Türöffnung) Restaurant Wallberg (http://www.wallberg.ch), Eichholzstrasse 1, Volketswil (Bushaltestelle vor dem Haus), kontradiktorisches Podium zum Thema «Minaretteverbot Ja oder Nein?». Beginn: 20.00 Uhr. Pro: Dr. Ulrich Schlüer, Nationalrat, Redaktor Schweizerzeit. Contra: Dr. rer. pol. Farhad Afshar, Präsident KISO Koordination Islamischer Organisationen Schweiz. Moderation: Christian Brütsch (brü), Redaktionsleiter Anzeiger von Uster. SVP-Parteimitglieder und Sympathisanten sind herzlich willkommen. Organisation: SVP-Frauen Kanton Zürich zusammen mit der SVP Volketswil.

Mittwoch, 7. Oktober 2009, 19.30 Uhr, Restaurant und Schnitzelhaus zum Frohsinn, Geerenstrasse 20, Kloten (http://www.frohsinn-kloten.ch), kontradiktorisches Podium zum Thema «Aktuelle Wirtschaftslage – Die Rolle der Politik!» mit Nationalrat Daniel Jositsch, SP, Professor für Strafrecht und Nationalrat Hans Rutschmann, SVP. Moderator: Silvio Seiler, Journalist. Organisation: SVP-Frauen Kanton Zürich zusammen mit SVP Kloten. Weitere Angaben folgen.

Donnerstag, 12. November 2009, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Raum Winterthur, SVP-Veranstaltung mit Nationalrätin Natalie Rickli und Gregor A. Rutz, Vize-Präsident der SVP des Kantons Zürich zum Thema «Erfolgreicher Wahlkampf». Vorstellung von Stadtratskandidat Daniel Oswald, Parteipräsident SVP Winterthur und Gemeinderatskandidatin Chantal Leupi, Vorstand JSVP «Stadt und Bezirk Winterthur». SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen! Nähere Angaben folgen.

Donnerstag, 26. November 2009, Weihnachtsanlass. Weitere Angaben folgen.

Montag, 14. Dezember 2009 **(neues Datum)**, 14.30 Uhr, Besammlung im Foyer Rathaus Zürich. Besuch des Zürcher Kantonsrates unter der Leitung von Kantonsrätin Theres Weber. Filmvorführung und Führung durch das Rathaus mit anschliessendem Apéro. Sicherheitskontrolle beim Eingang: ID oder Pass mitbringen. Anmeldung: Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch, Telefon 044 820 20 90. SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Montreux – Rencontres nationales 2009
Freitag, 25. September 2009, 18.00 Uhr, Pavillon, Hotel Montreux Palace, grosse Abendveranstaltung mit Bundesrat Ueli Maurer. Anmeldungen und Auskünfte: Sekretariat SVP Waadt, Telefon 021 806 32 90, Fax 021 806 32 91, E-Mail: secretariat@udc-vaud.ch (www.udc-vaud.ch).

SVP Matzingen/Stettfurt
Sonntag, 9. August 2009, ab 09.00 Uhr, bei Familie Peter Keller, Breiti, Matzingen TG, Buurezmorge mit Rösti und Spiegeleier ab der Pfanne, Zopf, Brot/Brötli, frisch von der Feldbäckerei. Erwachsene: 19 Franken und Kinder 1 Franken/Jahr. Kinderhort gratis.

SVP Schweiz – Zukunftsseminare Junge vor!
Samstag, 25. Juli 2009, 11.00–16.00 Uhr, Landgasthof Sonne «Haus der Freiheit», Wintersberg, Ebnat-Kappel (www.hausderfreiheit.ch), Zukunftsseminare mit Parteipräsident und Nationalrat Toni Brunner sowie Fachreferenten. Zielgruppe: 16- bis 26-jährige Jugendliche. Thema: «Bildungsstandort Schweiz». Weitere Daten:
– Samstag, 12. September 2009: «Herausforderung Migration».
– Samstag, 19. September 2009: «Wieviel Staat wollen wir?».
– Samstag, 7. November 2009: «Welche Landwirtschaft für die Schweiz?».
Teilnehmerzahl pro Anlass beschränkt. Die Seminare sind gratis, Mittagessen und Getränke gehen zu Lasten der Teilnehmer. Anmeldung bei Marcia Cerantola, Telefon 031 300 58 56 oder E-Mail: cerantola@svp.ch.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 89 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Samstag, 29. August 2009 bis Sonntag, 30. August 2009, **3. Ausfahrt** nach Murten FR, Besuch Kantonalpartei. Am Sonntag wird der Kanton erkundet.

Höcks
Dienstag, 14. Juli 2009, 19.30 Uhr, **3. Höck,** bei Familie Balsiger, Niederhasli. **Apéro ab 18.00 Uhr.**

Donnerstag, 6. August 2009, 19.30 Uhr, **4. Höck,** Restaurant Gyrenbad, Turbenthal.

Jahresschlusstreffen
Freitag, 2. Okt. 2009, Waldhüttenfest.

Sommerreise
Freitag, 24. Juli 2009 bis Sonntag, 26. Juli 2009, Sommerreise nach Andrian (bei Meran).

SCHWEIZER QUALITÄT Sichere Zukunft in Freiheit
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Schulung «AHV plündern – Steuern erhöhen? Nein!»

Am 27. September 2009 stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 8 Prozent ab. Die SVP ist die einzige Partei, die sich gegen diese wirtschafts- und konsumfeindliche Steuererhöhung und die Plünderung unserer AHV wehrt. Die SVP des Kantons Zürich rüstet sich zum Abstimmungskampf.

Informieren – Argumentieren – Überzeugen

Es braucht den massiven Einsatz von allen SVP-Mitgliedern und Politikern, um unser Ziel, ein NEIN zur Erhöhung der MWSt am 27. September, zu erreichen, sowie die richtigen Informationen, die besten Argumente und eine geballte Überzeugungskraft.

Gewinnen

Nur mit dem richtigen Rüstzeug lässt sich der schwierige Abstimmungskampf gewinnen. Die SVP des Kantons Zürich bietet Ihnen deshalb folgende Schulungen an:

Referenten:	Nationalrat Alfred Heer, Präsident SVP des Kantons Zürich und Nationalrat Toni Bortoluzzi
Veranstaltungen:	Mittwoch, 5. August 2009, Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 31, 8001 Zürich Mittwoch, 12. August 2009, Restaurant Wartmann, Rudolfstrasse 15, 8400 Winterthur
Dauer:	Jeweils von 19.30 bis 21.30 Uhr

Anmeldetalon Schulung «AHV plündern – Steuern erhöhen? Nein!»

Name:	Vorname:
Strasse:	PLZ, Ort:
Telefon:	E-Mail:

Ich melde mich für den folgenden Kurs an:
☐ Mittwoch, 5. August 2009, Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 31, 8001 Zürich
☐ Mittwoch, 12. August 2009, Rest. Wartmann, Rudolfstrasse 15, 8400 Winterthur

Bitte Anmeldetalon retournieren **bis 3 Tage vor Schulungsdatum** an das SVP-Sekretariat, Nüschelerstr. 35, 8001 Zürich per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch